Historische Tatsachen Nr. 8

Hans Kehrl

Zum Untergang des Dritten Reiches



Historische Tatsachen Nr. 8

Hans Kehrl

Zum Untergang des Dritten Reiches

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

4973 Vlotho/Weser Postfach 1643

1981

Konten des Verlages: Postscheck Essen: 116162 - 433
Stadtsparkasse Vlotho 2535
(BLZ 490 520 35)

Chef des Planungsamtes

Im Hochsommer 1943 von der zweiten Hälfte Juli an hatte sich die militärische Lage für das Reich überall zugespitzt. Im Juli 43 war an der Ostfront die letzte große deutsche Offensive, bei der auf unserer Seite über tausend Panzer eingesetzt worden waren, festgefahren und damit gescheitert.

Ende August mußte Charkow zum zweiten Male und nunmehr endgültig geräumt werden. Der Brückenkopf Kertsch und das Donezbecken wurden Anfang September 1943 aufgegeben. Das Gesetz des Handelns schien mehr und mehr auf die Sowjets überzugehen.

Um die gleiche Zeit wurde Mussolini gestürzt. In die Tage seiner Absetzung fiel auch der Luftgroßangriff auf Hamburg vom 24. Juli bis 3. August 1943. Quadratkilometerweise waren ganze Stadtviertel durch Spreng- und Brandbomben zerstört worden. Etwa 50 bis 60.000 Tote lagen unter den Trümmern.

Ich begann zu fürchten, daß die Zerstörung des Reichsgebietes aus der Luft dem Krieg sogar noch weit eher ein Ende bereiten würde als die Kampfhandlungen an der Front dazu führen würden. Das war zeitlich der politisch-militärische Hintergrund, vor dem damals Speer Besprechungen mit mir begann darüber, daß ich die Hauptabteilung II des Reichswirtschaftsministeriums auf das Speer-Ministerium überführen und eine übergeordnete Gesamtplanung für das deutsche Reich über Rohstoffeinsatz, Steuerung der gesamten Industrie- und Rüstungsproduktion sowie Bedarfsdeckung der Bevölkerung und Sicherung des unentbehrlichen Exportes organisieren und leiten sollte.

Ein erschreckendes Angebot !

Die Möglichkeit zu alledem sollte dadurch geschaffen werden, daß alle diesbezüglichen Aufgaben in einem bisher nicht bestehenden Planungsamt zusammengefaßt würden, dessen Aufbau und Leitung mir übertragen werden sollte.

Hierüber sprach Speer mit mir und seinen vier bisherigen Amtschefs am 27. Juli 1943 und verfaßte darüber eine kurze Protokollnotiz, in der es zum Schluß hieß:

"Eine von Präsident Kehrl als wünschenswert bezeichnete Äußerung des Ministers über die allgemeinpolitische Lage und die aus den Ereignissen in Italien (Sturz des Duce durch Badoglio am 25.7.) sich ergebenden etwaigen Veränderungen wurde vom Minister als untunlich und nicht zur Sache gehörend abgelehnt. Kehrl wurde später darüber belehrt, daß es völlig abwegig sei zu glauben, der Minister mache bei seiner jeweiligen Rückkehr aus dem Führer-Hauptquartier seinen Mitarbeitern Mitteilungen über die politische Lage oder gar über seine Besprechung mit dem Führer."

Diese "Belehrung" befriedigte mich nicht und konnte von mir nicht akzeptiert werden. Letzlich war es auf der Ebene, auf der ich als Leiter der Hauptabteilung II des RWM und ebenso die Amtschefs bei Speer tätig waren, praktisch nicht möglich, sinnvoll zu arbeiten, wenn wir nicht wenigstens in großen Zügen über die allgemeine Lage unterrichtet waren. Ein Arbeiten gleichsam im luftleeren Raum war dabei unzumutbar und sicher auch nicht zweckentsprechend. Ich war entschlossen, gerade dieses Problem durch eine grundsätzliche Aussprache mit Speer zu klären. Ich wollte sie aber nicht vor allen seinen Mitarbeitern führen. Als ich Speer das 1. Mal nach dieser Amtschefbesprechung unter vier Augen sprach, kam ich auf seine Antwort wegen des Sturzes von Mussolini zurück und sagte ihm, es sei mir unmöglich, die Konsequenzen, die sich aus dem Plan der Konzentration der Kriegswirtschaft ergaben, mit ihm zu erörtern und einen Entschluß zu fassen, wenn ich nicht die Möglichkeit hätte, die Gesamtlage mit ihm zu besprechen.

"Wir sind – in diesem Krieg schon sehr spät am Abend –, ich weiß nicht, ob es fünf Minuten vor oder fünf Minuten nach Mitternacht ist."

Den Gedanken, zu diesem Zeitpunkt eine Planung aufzuziehen, wie sie ihm vorschwebe, fände ich beinahe gespenstisch. Ich hielt Speer vor:

"Wie soll ich ein Planungsamt aufbauen und leiten vier Jahre nach Ausbruch des Krieges? ! Wir hätten zwar im September 1936 mit dem sogenannten Vierjahresplan begonnen, aber ein Planungsamt und eine Planungsfunktion in dem Sinne, wie ich gesamtwirtschaftliche Planung ansähe, habe es beileibe nicht gegeben und gäbe es auch jetzt noch nicht.

Das Gespenst der Niederlage stehe hinter uns und ich könne mir nur eine einzige Sache vorstellen, die uns noch vor der totalen Niederlage gegenwärtig retten könnte. Darüber müsse ich zunächst mit ihm sprechen."

Speer war dazu durchaus bereit und ermunterte mich, mit der "einzigen Sache" herauszurücken. Ich sagte: *"Sonderfriede mit Rußland!*

Seine spontane Antwort war: *"Wieso mit Rußland?"*

Ich erwiderte ebenso prompt:

"Ich sehe zu meiner Genugtuung, daß Sie sich auch mit der Notwendigkeit eines Sonderfriedens schon beschäftigt haben. Die Chance eines Sonderfriedens mit dem Westen sähe ich aber gleich Null an."

Meine Argumente waren:

Erstens wären die USA auf eine siegreiche Beendigung des Krieges und Beseitigung der Herrschaft des Nationalsozialismus weltanschaulich festgelegt. Wie schon im ersten Kriege fühlten sie sich als Apostel der

Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Rassengleichheit. Gegen alle drei Grundsätze hätten wir schwer verstoßen. Mindestens solange Roosevelt lebe, schiene mir ein Einlenken ausgeschlossen. Darüber hinaus aber arbeitete die Zeit eindeutig für die USA und ihre englischen Verbündeten. Eine Wende des Krieges im pazifischen Raum bahnte sich an. Die ersten militärischen Expeditionen der Westalliierten in Europa, an der nordafrikanischen Küste und in Italien wären erfolgreich verlaufen. Militärisch hätten also die Anglo-Amerikaner nichts zu befürchten und alles zu erhoffen, da ihre Rüstungs- und Mannschaftskraft ständig zunähme. Die USA wären daher nicht gezwungen, einen baldigen militärischen Sieg zu suchen. Sie müßten höchstens die Russen bei einigermaßen guter Laune halten, damit diese nicht vorzeitig aufgäben.

Der Krieg im Osten aber wäre rein militärisch gesehen ein Alptraum nicht nur für uns, sondern auch für die Russen. Die Sowjets und wir würden täglich schwächer, die Westalliierten täglich stärker. Unter diesen Umständen brauchten die Westmächte eigentlich nur abzuwarten, könnten entsprechend ihrer militärischen und strategischen Stärke nur militärisch "mündelsichere" — wie ich mich ausdrückte — Operationen zu dem Zeitpunkt in Gang setzen, in dem sie es für richtig hielten und im übrigen sich auf die Zersetzung unserer Kampfkraft an allen Fronten, durch Bombenkrieg im Heimatgebiet und durch Blockade verlassen, bis ihnen der Sieg beinahe in den Schoß fiele.

Für die Sowjets müßte das alles ganz anders aussehen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Rassengleichheit wären für sie keine Ideale, für die sie kämpften, ganz im Gegenteil. Sie wären bestimmt von Mißtrauen gegen alle kapitalistischen Staaten erfüllt, und die USA wären schließlich die Inkarnation des Kapitalismus schlechthin. Die Russen hätten auch keine Gewähr dafür, daß die Alliierten mit einer wirklich großen Front im Westen durch eine Invasion Ernst machen würden. Sie müßten immer noch fürchten, daß die Zerschlagung der deutschen Wehrmacht bis zur totalen Erschöpfung allein ihnen (den Sowjets) überlassen würde, ohne daß sie das ändern könnten. Wir ständen immer noch tief im russischen Gebiet. Wenn, was ich nicht wüßte, Stalin von rationalen Überlegungen und nicht allein von Emotionen geleitet wäre, müßte es für ihn eine große Versuchung sein, sein Staatsgebiet mit allen Folgen der Zerstörung nicht in möglicherweise noch langfristigem Krieg freikämpfen zu müssen, sondern den Sieg durch einen Siegfrieden zu erringen, der dann die militärische und damit politische Kraft Rußlands sowohl gegenüber uns als gegenüber den Westalliierten als intakt oder jedenfalls noch höchst bedrohlich erscheinen ließe.

Wie schon damals, als ich Speer kennenlernte, bat ich ihn auch diesmal, seine Aufgabe und Pflicht als Reichsminister gegenüber dem deutschen Volk nicht so eng auszulegen, wie ihm das Hitler vorschreiben wolle. Meine Arbeit und schließlich auch seine Arbeit hätte doch nur einen Sinn, wenn durch einen politischen Entschluß mindestens eine totale Niederlage vermieden werden könne. Dabei wies ich auch auf die Unmöglichkeit hin, daß eine solche politische Linie von dem sturen Ribbentrop akzeptiert würde. Er hätte seit eh und je ein völlig falsches Weltbild gehabt.



Englische Truppen 1935 beim Abmarsch aus dem Saargebiet

Ich wäre schon lange der Meinung, daß die Beseitigung von Ribbentrop dringend notwendig wäre. Natürlich müsse nach einer Alternative gesucht werden, die für Hitler akzeptabel sei.

Speer ging auf diese Wendung des Gesprächs mit Interesse ein. Ich wußte damals noch nicht, daß Speer auch schon mit Goebbels über die Notwendigkeit einer Wachablösung im Auswärtigen Amt gesprochen hatte, vielleicht aus anderen Motiven, vielleicht aber auch aus denselben, wie ich sie hatte. Speer fragte mich, ob ich mir schon in personeller Hinsicht Gedanken gemacht hätte. Ich hatte. Für mich kamen nur zwei Kandidaten in Frage:

Dr. Seys-Inquart, gegenwärtig Reichskommissar in den Niederlanden, und der frühere Oberbürgermeister von Wien, Neubacher.

In Hitlers späterem sogenannten "Testament" wurde — unendlich viel zu spät — Seys-Inquart als Außenminister vorgesehen.

Nach dieser aufregenden Unterhaltung mit Speer nahm ich mir einige Tage Bedenkzeit, blieb aus dem Reichswirtschaftsministerium — dem ich damals noch angehörte — weg und hielt mich auch von Speer fern. Ich versuchte, mit mir ins Reine zu kommen.

Stundenlang ging ich im Garten meines Hauses auf und ab und dachte dabei auch zurück an die Zeit nach dem beinahe spielend gewonnenen Westfeldzug 1940, als ich als politischer "Anfänger" versucht hatte, allen politischen Figuren in Berlin, die etwas zu bedeuten schienen, und an alle, an die ich damals herankommen konnte, klarzumachen, daß das Schlimmste uns noch bevorstände. (Nach dem Sieg über Frankreich!)

Vor allem dem damaligen Rüstungsminister Todt hatte ich eindringlich auseinandergesetzt, daß im Gegensatz zur offenbaren Meinung Hitlers, Görings, Goebbels und anderen die USA entschlossen und fähig wären, die Rüstungskraft der gesamten Welt und vor allem riesige Luftstreitkräfte gegen uns zu mobilisieren.

Was ich damals — 1940 — nur am Horizont gefürchtet hatte, war inzwischen längst bittere Wahrheit geworden.

Es wollte mir einfach nicht einleuchten, daß bei dieser offenkundigen Situation der Einfluß Speers jetzt nicht ausreichen sollte, um Hitler für die Notwendigkeit eines Sonderfriedens mit Rußland zu gewinnen.

Offenbar traute sich Speer aber kaum, mit ihm darüber zu reden.

Für mich aber schien es keine andere Alternative zu geben, denn es müßte unter allen Umständen meiner Meinung nach vermieden werden, daß auch nur im Ansatz durch Hitler, Goebbels oder wen immer eine Parole derart in breiter Front aufkäme oder gar propagiert würde, die auf "Sieg oder Untergang" hinausliefe.

Die aufregenden Überlegungen, die ich anstellte, ergaben schließlich für mich bei aller Skepsis darüber, ob und was in diesem Stadium des Krieges überhaupt noch zu erreichen sein würde, daß ich kein Recht hätte, vor dem Schicksal wegzulaufen. Stattdessen entschied ich mich hier auf oberster Ebene, einen Gesamtüberblick — soweit möglich — ständig zu erarbeiten und für mich und meine Mitarbeiter Arbeitsweise und Vollmachten in allen Ebenen sicherzustellen, die wenigstens ermöglichen sollten und müßten, das pure Überleben unseres Volkes sichern zu helfen. Dazu schien es mir nötig — wenn es denn zum Ende ginge —, alles auf allen Bereichen zu wissen, was irgendwie von Interesse war und darüber hinaus mir in der vorgesehenen neuen Stellung in möglichst unauffälliger Form Weisungsbefugnisse sicherzustellen, die schnelles Handeln und schnelles Verhindern wo auch immer, wie auch immer und für was auch immer ermöglichen würden. Denn aus dem Einblick, den ich insbesondere in den vertraulichen Besprechungen mit Speer gewonnen hatte, ergab sich für mich zu meinem Entsetzen, daß Hitler offenbar in seiner Eigenschaft als oberster Befehlshaber der Wehrmacht zeitlich, sachlich und nach manchen privaten Informationen gesundheitlich so absorbiert wäre, daß er andere zusätzliche und unerläßliche Funktionen als Regierungsoberhaupt nicht mehr wahrnehmen könnte.

Göring hatte nur noch dem Namen nach die bisherige Funktion eines "Reichskanzler—Stellvertreters" inne. Zeitlich und nervlich nahm ihm aber die alliierte Luftoffensive auf fast das gesamte Reichsgebiet, die zu immer größerer Heftigkeit anstieg, die Möglichkeit, als Reichskanzler-Stellvertreter tätig zu werden. Denn vom Luftkrieg waren inzwischen die Großstädte nahezu alle erfaßt. Von den Mittelstädten blieben nur wenige verschont. Seit dem Abfall Italiens im September 1943 gerieten die Alliierten zusätzlich in den Besitz italienischer Flugplätze, von denen aus auch Österreich und die Tschechoslowakei für Luftangriffe erreichbar wurden. Ziel dieser Angriffe waren Industrieanlagen aller Art, ohne daß sich — erstaunlicherweise — eine Schwerpunktbildung auf bestimmte Ziele entwickelt hätte. Der einzige Angriff auf einen entscheidenden, strategisch wichtigen Rohstoffengpaß hatte sich im Juli 1943 gegen das Buna—Werk Hüls im Ruhrgebiet gerichtet, bei dem mittlere Schäden entstanden waren, die sich aber in einigen Monaten überwinden ließen.

Warum die verwundbarsten Stellen unserer Kriegsproduktion — Treibstoff-, Stickstoff- und Bunawerke *) — nicht konsequent angegriffen wurden, war mir damals zunächst noch unerfindlich. Es gelang mir, einen direkten Draht zum Chef der Luftflotte Reich, Feldmarschall Stumpf, herzustellen, der nächst Göring die Verantwortung für die Abwehr der Luftangriffe — soweit möglich — trug. Einer meiner Mitarbeiter knüpfte enge persönliche Beziehungen zu einem An-



Arbeiter 1935 im Saargebiet

gehörigen des Generalstabs der Luftwaffe an. Nach den Angaben, die ich damals erhielt, wurden im Durchschnitt der letzten Monate des Jahres 1943 etwa 30.000 Bomben und zusätzlich riesige Mengen Brandbomben pro Monat auf das Reichsgebiet abgeworfen.

Im vierten Quartal 1943 **) konzentrierten sich die Luftangriffe stark auf Berlin. Nachdem die Stadt schon am 21. November erhebliche Schäden erlitten hatte, folgte am Abend des 22. ein besonders schwerer Angriff bei dichter Wolkendecke, Regen und vollkommener Finsternis. Es war der folgenschwerste Angriff bisher. 3.500 Tote waren als Opfer zu beklagen. Es gab 400.000 Obdachlose, immerhin durch nur zwei Angriffe!! Verkehr und Telefon waren unterbrochen. Räume, die das Ministerium Speer in den Zoobaracken hatte, waren überwiegend zerstört oder ausgebrannt. Ich befand mich selber gerade dort zu einer Sitzung in der Zentralen Planung, als mein lieber alter Mercedes, der mir seit Wien treu gedient hatte, derweil vor dem Portal verkohlte. Auch das Reichswirtschaftsministerium Unter den Linden und in der Behrenstraße war schwer getroffen. Ich hatte dort zum damaligen Zeitpunkt noch meine Diensträume mit einem großen Teil meiner Mitarbeiter. In den frühen Morgenstunden des nächsten Tages fuhr ich, da öffentliche Verkehrsmittel noch nicht wieder in Gang waren, vom Grunewald mit dem Fahrrad ins Ministerium.

Da mein Zimmer mit Holz getäfelt war, war die Brandwirkung hier besonders heftig gewesen, so daß Papiere und Unterlagen selbst in dem schweren Geldschrank, der in meinem Zimmer stand, überwiegend verkohlt waren. Bei einem Rundgang durch das ausgebrannte Ministerium war ich mir bewußt, daß durch die Zerstörung unserer Arbeitsplätze auch das letzte Band durchschnitten war, das mich noch mit dem Reichswirtschaftsministerium verband.

In zahlreichen Fällen war früher der sehr tatkräftige Dr. Goebbels als quasi Innenminister von Zeit zu Zeit eingesprungen, ohne dazu eigentlich legitimiert zu sein und ohne dauernde Wirkungen sozusagen als Helfer im Nebenberuf erzielen zu können. Bei diesem Großangriff auf Berlin war Goebbels aber als Gauleiter von Berlin nun wirklich zuständig und tat sein Möglichstes. Berlin lebte weiter.

Um der quasi Regierungslosigkeit wenigstens auf gewissen Gebieten Abhilfe zu schaffen, hatte Göring als Noteinrichtung vor einiger Zeit unter Benutzung seiner weitgehenden allgemeinen Vollmachten als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Art Beschlußgremium gebildet, das "die Zentrale Planung" genannt wurde. Ihr gehörte Speer als Vorsitzender, Funk als Wirtschaftsminister, Staatssekretär Körner als Vertreter Görings und Staatssekretär Milch teils als Vertrauensmann von Göring, teils als stellvertretender Kommandeur der Luftwaffe an.

Speer führte den Vorsitz und ein Beauftragter Görings führte das Protokoll. Da dieses Gremium aber weder über eine Apparatur zur Vorbereitung noch zur Durchführung etwaiger Beschlüsse besaß, war es nur von äußerst beschränkter Wirkung.

Ich vereinbarte daher mit Speer, daß die Exekutive der "Zentralen Planung" auf mich als Leiter des Planungsamtes übergehen sollte. Das geschah intern zunächst mit dem Planungsamtserlaß vom 16.9.1943. Er wurde später als Anlage zum Erlaß des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion vom 29.10.1943 veröffentlicht. Die wichtigsten Aufgaben des Planungsamtes lauteten auszugsweise:

"1. Das Planungsamt bereitet die Entscheidungen der Zentralen Planung vor und überwacht deren Durchführung...
Die Aufgaben des Büros der Zentralen Planung gemäß Erlaß vom 22.10.1942 gehen im Einvernehmen mit der Zentralen Planung auf das Planungsamt über.
2. Das Planungsamt hat insbesondere die Verteilung der Grundstoffe, z.B. Eisen, Metalle, Kohle, Mineralöle, Stickstoff und anderer wichtiger Rohstoffe auf die Bedarfsträger vorzubereiten.
3. Das Planungsamt hat – als Arbeitsgrundlage für die Zentrale Planung – für die gesamte Kriegswirtschaft Erzeugungs- und Verteilungsplanungen aufzustellen, wobei die Bedarfsplanungen für den gesamten

deutschen Machtbereich die Grundlage bilden sollen. Hierzu ist die Ein- und Ausfuhr zu berücksichtigen. Die Gesamtplanung ist unter Berücksichtigung der Produktionsvoraussetzungen vorher zwischen den beteiligten Ressorts und Dienststellen abzustimmen. Das Planungsamt hat laufend das notwendige statistische Material zusammenzufassen und auszuwerten.

4. Das Planungsamt hat die Zuweisung aller Arbeitskräfte im großdeutschen Raum auf die einzelnen Großsektoren: Kriegswirtschaft, Verkehr, Ernährung usw. der Zentralen Planung zur Entscheidung vorzuschlagen und deren Durchführung statistisch zu erfassen.
5. Das Planungsamt hat weiter Gefahrenmomente, die den Ablauf der allgemeinen deutschen Kriegswirtschaft stören könnten, frühzeitig zur Kenntnis der Zentralen Planung zu bringen."

Es folgten dann sehr ins einzelne gehende Bestimmungen über die statistischen und ähnlichen Aufgaben des Planungsamtes. Schließlich hieß es zum Schluß:

"Die Reichsstellen und Reichsvereinigungen sind hierbei an die Weisungen des Planungsamtes gebunden ... Das Planungsamt hat das Recht, von allen deutschen Dienststellen und Organisationen auch außerhalb des Reichsgebietes Auskünfte über wirtschaftliche Verhältnisse zu verlangen."

In diesem Stadium gelang es mir auch noch nach Beendigung der Umorganisation des Speer-Ministeriums das Planungsamt formal in der Zentralen Planung als oberstes Beschlußgremium zu verankern und ihm zusätzlich damit generelle Vollmachten allgemeiner Art zuzuweisen.

Mit dieser Verankerung hatte es folgende Bewandtnis: Göring hatte sehr bald nach Speers Ernennung zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ihn gleichzeitig zu seinem "Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan" ernannt. Auf dem Umweg über diese Generalvollmacht stellte Göring also Speer seine umfassenden Vollmachten sozusagen lehensweise zur Verfügung. Da das Planungsamt zahlreiche Aufgaben wahrnehmen sollte, die die Kompetenzen anderer Ministerien einbezogen, wurde das Planungsamt durch einen "Erlaß des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches vom 4. September 1943" errichtet. Speer hielt es nunmehr auch für notwendig, daß meine Ernennung zum Leiter des Planungsamtes durch Göring selbst bestätigt wurde, damit die Vollmachten des Vierjahresplanes auch auf das Planungsamt ausstrahlten. Ehe Speer zur Besprechung mit Göring hinausfuhr, sagte er zu mir:

"Ich war mir am Anfang unserer Besprechungen nicht bewußt, daß das Planungsamt auch ein Organ des Vierjahresplanes sein müßte. Ich habe daher auch mit Göring nie darüber gesprochen, daß Sie Leiter des Planungsamtes werden sollten, denn ich dachte, ich könnte Sie selbst ernennen. Nun muß ich diese Ernennung natürlich mit Göring absprechen. Wie stehen Sie eigentlich mit Göring?"

Ich meinte, nicht direkt schlecht, aber bestimmt auch nicht gut. Hin und wieder hätte ich kleinere Zusammenstöße mit ihm gehabt. Er habe es wohl nicht sehr gern gesehen, daß ich in so vielen Aufsichtsräten der Reichswerke Hermann Göring tätig sei, obwohl er der Berufung jeweils zugestimmt hätte. Vor allem aber befürchtete ich, daß er aus zahlreichen Telefonaten, über die er sicher aus den "braunen Blättern" seines Forschungsamtes unterrichtet war, wissen könnte, daß ich ziemlich unverblühmt lästerliche Bemerkungen über ihn zu machen pflegte.

"Sie wissen ja aus unseren Gesprächen, warum.."

Speer meinte ziemlich unbekümmert:

"Na, wir werden ja sehen."

Am nächsten Tag berichtete er mir, Göring habe den Erlaß gutgeheißen und auch ohne Zögern den Erlaß meiner Ernennung zum Leiter des Planungsamtes. Speer hatte ihm in seiner saloppen Art gesagt: "Kehrl meint allerdings, Sie hielten nicht viel von ihm", worauf Göring ihm trocken erwidert habe:

"Ach, ich halte schon etwas von Kehrl, aber er hält nichts von mir."

Speer meinte, das bestätige offensichtlich meine Theorie von der Lektüre der "braunen Blätter."

Auf Grund dieser Vorgänge legte ich mir ohne weitere Formalien einen Briefkopf zu, der lautete:

"Der Beauftragte für den Vierjahresplan", darunter
"Der Generalbevollmächtigte für Rüstungsaufgaben" (nämlich Speer), darunter
"i. V. Der Leiter des Planungsamtes"

Unter diesem Briefkopf vermochte ich im letzten Stadium des Krieges Vollmachten und Weisungen verschiedenster Art an alle nur erdenklichen Behörden — auch Reichsministerien — zu erteilen und organisatorische Änderungen einzuführen, die reichsweite Gültigkeit besaßen, und Behörden regionale Vollmachten zu verleihen, die auszuüben sie sich sonst nicht getraut hätten.

Aber diese Gedanken behielt ich zu diesem Zeitpunkt noch für mich, als Speer daran ging, mit mir nach langer Aussprache einen "vorläufigen Pakt" abzuschließen, wie er das nannte.

Ich erkannte an, daß die Konzentration der Kriegswirtschaft bei der damaligen Kriegslage nicht nur zweckmäßig, sondern wohl auch notwendig war, und daß alle anderen Erwägungen dahinter zurückzutreten hatten. Ich verpflichtete mich daher, trotz meiner Bedenken und der Skepsis, die ich nicht unterdrücken konnte, die mir zugedachten Aufgaben im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Denn ich war wie Speer davon überzeugt, daß eine weitere Steigerung der Rüstungsanstrengungen unbedingt notwendig wäre, wenn ein

Sonderfrieden mit Rußland überhaupt eine Chance haben sollte. Speer wiederum stimmte mir zu, daß ein Sonderfrieden äußerst erwünscht, wenn nicht zwingend notwendig sei, und versprach, sein Bestes zu tun, um Hitler davon zu überzeugen. Ich habe allerdings nie Klarheit darüber erhalten, was Speer insoweit bei Hitler durchsetzte. Schließlich erklärte ich mich auf Speers Wunsch auch noch bereit, Funk für die notwendige Amputation seines Ministeriums zu gewinnen.

Ein erstes Gespräch hatte Speer mit Funk bereits geführt. Funk war zunächst schockiert, und Staatssekretär Dr. Landfried war außer sich. Meine Unterhaltungen mit Funk in dieser Sache waren menschlich und sachlich gleich schwierig. Es war völlig klar, daß nach Herausoperieren des Kerns des Ministeriums, der Hauptabteilung II mit ihren wichtigen Aufgaben, aus dem Reichswirtschaftsministerium dieses nur noch ein Rumpfministerium sein würde. Aber es gelang mir schließlich, Funk zu überzeugen, da es keine Alternative gab.

Es wurde abgesprochen, daß die Konzentration natürlich durch einen Erlaß Hitlers zustande kommen müßte. Daraufhin machte Speer einen skizzenhaften Vorschlag zunächst für den Führererlaß. Eine Durchführungsverordnung zu ihm sollte von Speer und Funk gemeinsam erlassen werden. Lammers mit seiner bewährten Formulierungskunst goß den Führererlaß in die richtige Form, und am 26. August fand unter seinem Vorsitz im Kabinettsaal der Reichskanzlei (seit langer Zeit zum ersten Mal wieder) eine Chefbesprechung statt. Hierüber heißt es in der Speer-Chronik:

"Mit diesem Erlaß konnte der Reichsminister für Bewaffnung und Munition in den Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion verwandelt werden. Er erhielt aus dem Bereich des Reichswirtschaftsministeriums den gesamten Sektor der gewerblichen Kriegswirtschaft. Reichsminister Funk, der die Bahn für den neuen Kurs großzügigerweise freigegeben hatte, hielt mit Geist und Humor seine eigene "Grabrede", wie er selbst sagte."

Am 2. September unterzeichnete Hitler den "Erlaß über die Konzentration der Kriegswirtschaft."

Rüstung auf spätem Höhepunkt

Im ersten Quartal 1944 war die Initiative auf dem Kriegsschauplatz im Osten eindeutig auf die Russen, in Italien und im pazifischen Raum auf die Westmächte übergegangen. Die Luftangriffe auf das Reichsgebiet verdichteten sich zu einer Offensive, die der Eröffnung eines neuen schicksalhaften Kriegsschauplatzes gleichkamen. Amerikaner und Engländer errangen die fast völlige Luftherrschaft über dem Reichsgebiet und konnten daher auch das Luftbombardement erheblich steigern.

Welche Proportionen diese Steigerung annahm, wird am besten durch einige wenige Zahlen illustriert. Die abgeworfene Bombenlast auf dem europäischen Kontinent (davon mehr als 90 % über dem Reichsgebiet) soll im Durchschnitt eines Quartals 1942 12.000 bis 13.000 "short tons" betragen haben. Im Jahre 1943 hatte sie sich wie folgt entwickelt:

I. Quartal 1943 = 30.800 t
II. Quartal 1943 = 51.100 t
III. Quartal 1943 = 66.200 t
IV. Quartal 1943 = 58.100 t

Allerdings geben diese Zahlen den Umfang der Angriffe nicht voll wieder, da gerade im Jahre 1943 die Angriffe auf die Städte im Vordergrund standen, bei denen die nicht sehr schweren Phosphor- und Brandbomben eine entscheidende Rolle spielten. Wurde doch der größte Teil der Schäden durch sie verursacht. 1944 vervielfachte sich die Zahl und die Intensität der Angriffe:

I. Quartal 1944 = 114.000 t
II. Quartal 1944 = 344.000 t
III. Quartal 1944 = 404.000 t
IV. Quartal 1944 = 350.000 t

Allein im ersten Halbjahr 1944 wurden von den Westalliierten mehr Bomben abgeworfen als in der ganzen Zeit von Anfang 1940 bis Ende 1943. Darüber hinaus wurde die Luftstrategie entscheidend geändert. Den Schwerpunkt bildeten nicht mehr die Angriffe auf die Städte, wenngleich auch sie weiterliefen, sondern es wurden rüstungsstrategische Schwerpunkte gebildet. Der erste Schwerpunkt am Jahresbeginn galt den deutschen Jäger-Flugzeugwerken. Die abgeworfene Bombenlast auf Flugzeugwerke hatte betragen:

I. Quartal 1943 = 4 t
II. Quartal 1943 = 1.534 t
III. Quartal 1943 = 2.092 t
IV. Quartal 1943 = 1.068 t

Im ersten Quartal 1944 verachtfachte sich diese Zahl, je rund 8.000 t trafen im ersten und zweiten Quartal 1944 die Flugzeugwerke. Am 20. Februar 1944 starteten die Amerikaner das Unternehmen "Big Week", bei dem die Flugzeugwerke sechs Tage hintereinander ihr ausschließliches Ziel waren. Die Schäden erreichten ein solches Ausmaß, daß die deutsche Luftwaffe bei gleichbleibender Entwicklung sehr schnell ausgeschaltet worden wäre.

Am 29. Februar besprach Staatssekretär Milch in Abwesenheit Speers, der in Hohenlychen noch unter strenger ärztlicher Kontrolle stand, mit uns Amtschefs die Lage. Es bestand volle Übereinstimmung, daß durch eine besondere Kraftanstrengung der Wiederaufbau und die Verlagerung der zerstörten Kapazitäten in jeder Weise forciert werden müßten. Wir vereinbarten mit Milch, daß die Regie über die Produktion von Verteidigungsflugzeugen = Jäger ab sofort in den Bereich des Speer-Ministeriums übergehen sollte und andere Typen zurückgestellt oder gar zum Auslaufen gebracht werden sollten. Die Leitung des sogenannten "Jägerstabes" wurde dem enorm durchschlagskräftigen Amtschef Saur übertragen. Dem Speer-Ministerium standen zur Organisation besonders effiziente Industrielle zur Verfügung.

Mit diesen Methoden gelang es, binnen sieben Monaten nahezu eine Verdreifachung der Produktion der Jäger zu erzielen. Im Juli 1944 wurden 2.511 Verteidigungsflugzeuge herausgebracht und im September 2.950. Und das, obwohl die Alliierten ihre Luftangriffe auf die Flugzeugproduktion von Monat zu Monat gesteigert hatten.

Spitzenleistungen in der Produktion

Es war wie ein Wunder. Trotz der Verschärfung des Luftkrieges und unserer zunehmenden Hilflosigkeit gegenüber diesen Angriffen stieg die Produktion auf allen Gebieten. Das I. Quartal 1944 brachte mit Abstand die höchsten Produktionszahlen seit Beginn des Krieges. Überall wirkten sich die im Jahre 1943 getroffenen Maßnahmen zur Produktionssteigerung, insbesondere auch die Erschließung zusätzlicher Kapazitäten in den besetzten Westgebieten und Italien aus. Am schwersten tat sich die Kohle. Ihr konnten nur mit Mühe die im Einsatz unter Tage benötigten Arbeitskräfte zugewiesen werden. Sie waren keineswegs den geübten Bergarbeitern, die zur Wehrmacht eingezogen worden waren, gleichwertig. So sanken zum Beispiel die Schichtförderanteile im Steinkohlenbergbau an der Ruhr von 1940 von etwa 2.000 kg je Kopf der unter Tage Arbeitenden auf 1.600 im ersten Halbjahr 1944 ab. Trotzdem gelang es — auf das Altreichsgebiet bezogen — die Produktion in den Jahren 1942 bis 1944 etwa auf 250 Mio. t Steinkohleeinheiten (und damit 10 % über dem Vorkriegsjahr) zu halten. Die Förderung in Oberschlesien stieg auch befriedigend an, so daß uns gegenüber dem Kohlenwirtschaftsjahr 1938/39 (das Kohlenwirtschaftsjahr begann am 1. April) mit 240 Mio. t Steinkohleneinheiten in den Jahren 1943 und 1944 insgesamt je rund 430 Mio. t Steinkohleneinheiten zur Verfügung standen, eine unter den obwaltenden Umständen gewaltige Leistung der Reichsvereinigung Kohle, aber eine noch großartigere der Bergarbeiter.

Sehr günstig war auch die Entwicklung des Mineralölaufkommens. Im ersten Vierteljahr 1944 entsprach das inländische Mineralölaufkommen einer Jahresmenge von 8 Mio. t und die Einfuhr (überwiegend aus Rumänien) einer solchen von 10 Mio. t. Von dem inländischen Aufkommen entfielen allein — auf das Jahr gerechnet — 3,8 Mio. t auf Hydrierbenzin. Sowohl bei Flugbenzin als auch bei Kraftfahrzeugbenzin lag im März 1944 die Erzeugung über den Planungen vom Anfang des Jahres. Wir konnten in diesem Monat daher sogar die Bestände anreichern. Die Buna-Erzeugung lag im März 1944 mit 12.700 Monatstonnen 10 % über dem Soll, und die für Sprengstoff und Düngemittel so wichtige Stickstoff-Produktion stieg um etwa 15 % an. Als ich in der zweiten Hälfte des April 1944 Speer diese Zahlen in Meran vorlegte, fügte ich hinzu:

"Ich vergesse dabei keinen Augenblick, wie verwundbar wir auf den drei Gebieten Treibstoff, Stickstoff und Buna wegen der geringen Anzahl von Fertigungsstätten sind,aus denen die Produktion stammt."

Diese Tatsache war mir immer ein Alptraum, und ich konnte nicht verstehen, weshalb die Alliierten bisher keine Luftangriffsschwerpunkte auf diese drei Bereiche gebildet hatten. Immer wieder dachte ich darüber nach. Meine Überlegungen ergaben: Den Westalliierten mußte einfach klar sein, daß bei Treibstoff-, Stickstoff- oder Bunamangel unsere Kampfkraft an der Ostfront schlagartig zurückgehen würde. Offenbar war ihnen daran zu diesem Zeitpunkt noch nicht gelegen. Es lag anscheinend nicht in ihrem Interesse, daß die Rote Armee zu schnell und zu weit vorwärts kam. Das mußte einfach des Rätsels Lösung sein!

Vier Wochen vor ihrem eigenen Invasionstermin begannen dann schließlich konsequente Angriffe auf Treibstoff und Stickstoff! Ein Jahr zuvor gestartet, hätte diese gezielte Luftoffensive den Krieg sicher ein Jahr früher beendet!

Als Fazit der damaligen Lage der Grundindustrie konnte ich später in Speers Rechenschaftsbericht vom 27.1.1945 schreiben:

"Die Grundindustrie hatte durch die intensive Durchführung der geplanten Ausbauten zu Mitte des Jahres 1944 eine Kapazität erreicht, die es auf allen Gebieten einschließlich Buna, Textilrohstoffen, Treibstoff ermöglicht hätte, den Krieg auf weite Sicht unabhängig von ausländischen Zufuhren zu führen."

Todesringen der Treibstoffindustrie

Die Alliierten hatten schon im Ersten Weltkrieg den Satz geprägt, daß sie "auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwemmt" worden seien. Wieviel mehr galt das noch im Zweiten Weltkrieg vor allem bei der überragenden Bedeutung, die Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und die Luftwaffe inzwischen für die Kriegsführung gewonnen hatten!

Im Jahre 1942 hatte ich auf Einladung des Generaloberst Fromm einmal auf einer Tagung der Heeresakademie in Hirschberg im Riesengebirge über rüstungswirtschaftliche Fragen vor Kommandeuren und Generalstäblern gesprochen. Dem waren zwei weitere Vorträge in Berlin gefolgt, da die rüstungswirtschaftlichen Fragen bei den Offizieren großem Interesse begegnet waren. Die letzte Rede, an die ich mich erinnern kann, hielt ich vor etwa zwanzig bis dreißig Panzergenerälen, die zu einem Kursus in Berlin zusammengezogen waren. Fromm sagte vor Beginn zu mir: "Vor diesen Troupiers können Sie gar nicht drastisch und plastisch genug sprechen." Ich begann daher mit den Worten:

"Das elementare Problem der Kriegsführung ist: Sprengstoff an den Feind zu bringen. Für Sprengstoff braucht man in erster Linie Stickstoff, der von uns synthetisch erzeugt werden muß, und für die Mobilität braucht man Treibstoffe, Schmierstoffe und Reifen für Kraftfahrzeuge und Flugzeuge. Für die Reifenerzeugung sind wir fast ausschließlich auf chemisch-synthetisch erzeugtes Buna angewiesen, nachdem die Vorräte an Naturkautschuk verbraucht sind. Und bei Treibstoffen in Form von Vergaserkraftstoff oder Flugbenzin sind wir zu etwa 75 % auf unsere Eigenerzeugung in Hydrier- und Syntheseanlagen angewiesen. Um diese drei Produkte beziehungsweise Produktgruppen kreisen daher unsere rüstungswirtschaftlichen Gedanken seit Jahren. Denn sie bestimmen letztlich den Rahmen, in dem moderne Waffen von uns eingesetzt werden können."

Als im Vierjahresplan die Weichen für die Rohstoffproduktion gestellt wurden, war man auf Grund von Görings Direktiven davon ausgegangen, daß eine relativ starke deutsche Luftwaffe zumindest die Luftherrschaft über das Reichsgebiet sicherstellen und wir daher relative Luftsicherheit haben würden. Aus damaliger Sicht war daher Luftschutz kein bedeutsames Problem bei der Standortwahl gewesen. Bedeutende Werke lagen zum Teil auch im Westen des Reichsgebietes. Bis Ende 1943 gab es nur vereinzelte unmethodische Luftangriffe auf einzelne Werke der Treibstoff- und Chemieproduktion. In ihrer Wirkung waren es mehr Schreckschüsse für uns, denn die Schäden hatten kein bedeutendes Ausmaß und konnten schnell ausgeglichen werden. Bis 1943 betrug der Gesamtverlust an Mineralöl durch Luftangriffe etwa nur ein Drittel einer einzigen Monatsproduktion.

Etwa ein Viertel unserer Treibstoffversorgung kam aus den Erdölraffinerien der rumänischen und ungarischen Ölfelder. Auf diese erfolgte erstmalig ein größerer Angriff im August 1943 mit 177 viermotorigen Bombern, von denen 54 infolge sehr guter Abwehr nicht zu ihren Flughäfen zurückkehrten. Die Angriffe waren nach diesem sehr großen Verlust an Flugzeugen bis April 1944 nicht mehr wiederholt worden.

Für den Luftschutz war bei den Großchemie-Werken zweierlei unternommen worden: Errichtung von Bunkern zum Teil bedeutenden Ausmaßes zum Schutze der Belegschaft während der Luftangriffe, Errichtung von Splitterschutzgräben zu demselben Zweck und zum Schutze der Anlagen und Splitterschutzwände und Ummantelungen besonders wichtiger Punkte der Werke, um die Auswirkungen von etwaigen Bombentreffern im Werk zu verringern. Gleichwohl blieb die große Verletzlichkeit auf diesem Gebiet naturgemäß eine ständige Sorge.

Bereits im Reichswirtschaftsministerium und später auch im Rüstungsministerium erhielt ich jeden Abend mindestens einen Anruf, der mich darüber unterrichtete, welche Bomberformationen im Angriff auf welche Bezirke waren. Verhältnismäßig spät konnte meist erst mit Sicherheit gesagt werden, ob die Angriffe Berlin galten, das damals so ziemlich den östlichsten Punkt darstellte, der angegriffen wurde. Schon ab Herbst 1943 und noch mehr im Frühjahr 1944 ging ich nach dem letzten Anruf, wenn sicher war, der Angriff galt wieder einmal Berlin, befriedigt in den Luftschutzkeller, meist mit der makabren Feststellung: "Gottlob, wir sind es wieder einmal." Denn ich wußte, daß, im Gegensatz zu den Angriffen auf die Treibstoffwerke, etwas tödlich Bedrohendes bei Angriffen auf Berlin selbst im ungünstigsten Falle nicht eintreten konnte. Der Seufzer der Erleichterung, wenn es so kam, war daher echt und sogar meine Frau brachte Verständnis dafür auf, wenn sie sagte: "Du denkst ja immer nur an deine Hydrierwerke." Das blieb dann auch so bis Ende 1944.

Einen Vorgeschmack kommender Dinge erhielten wir, als Angriffe mehrerer amerikanischer Verbände



Auf dem Höhepunkt der Macht

am 5. April 1944 auf die Raffinerien im rumänischen Erdölgebiet begannen und am 15. und 25. April fortgesetzt wurden. Die Gesamtschäden waren zunächst nicht sehr schwerwiegend, begannen aber ein ernstes Problem zu werden, als die Angriffe sich immer wieder fortsetzten. Am späten Abend des 12. Mai 1944 erreichte mich ein Telefonanruf, daß Bomberverbände, von denen man angenommen hatte, daß sie im Anflug auf Berlin seien, abgedreht hätten und sich offenbar in Richtung auf Leuna und Leipzig bewegten. Die angreifenden Verbände, die unter starkem Jagdschutz kamen, wurden auf über 1.000 schwere Bomber geschätzt. Eine spätere Meldung besagte, daß der Angriff tatsächlich Leuna gegolten hätte. Es wären aber auch Böhlen bei Leipzig, Zeitz und Lützkendorf im mitteldeutschen Raum und sogar Brüx im Sudetenland schwer angegriffen worden. Außer dem "Flakschutz", den die Werke besaßen, hätten auch deutsche Jäger heftigen Widerstand geleistet. Der starke Jagdschutz der Alliierten aber, die unsere Jäger in Kämpfe verwickelten, hatte den Bombern die nötige Bewegungsfreiheit geschaffen, erfolgreich anzugreifen. Die Mineralölmeldestelle berichtete über schwerste Schäden bei allen Werken. Im günstigsten Fall würden sämtliche Werke auf geraume Zeit total stilliegen.

Noch nach Mitternacht rief mich Speer, der nicht in Berlin war, von unterwegs an und fragte, ob ich über Leuna und Brüx Bescheid wisse. Ich bejahte. "Ich weiß auch über Böhlen, Zeitz und Lützkendorf das Nötige." Davon hatte er noch nichts gehört. "Und wie ist Ihre Einschätzung der Lage?" "Wenn die Angriffe konsequent fortgesetzt werden, bedeutet der heutige Tag den Anfang vom Ende."

Speer stimmte mir zu. "Wir müssen so schnell wie möglich zum Führer. Stellen Sie alle erdenklichen Ermittlungen an, damit wir beim Führervortrag ein genaues Bild der Lage geben können."

Am 16. Mai traf ich mich mit Speer im Leuna-Werk zur Besichtigung der Schäden und einer anschließenden Besprechung mit Professor Krauch, Dr. Bütefisch und den Direktoren der angegriffenen Werke. Es fand auch eine Sitzung im Werk Leuna mit sämtlichen Abteilungsleitern statt, die berichten sollten, wann ihre Abteilungen und mit welcher Kapazität wieder produktionsbereit sein könnten und wann — wenn überhaupt — eine Vollkapazität theoretisch wieder erreichbar sei. Bei dem unvorstellbaren Gewirr zerrissener und verbogener Rohrsysteme, die wir bei der Werksbesichtigung überall gesehen hatten, waren wir erstaunt zu hören, daß wenigstens Teilproduktionen

nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder betriebsbereit sein sollten. Im Anschluß an die Werksbesprechung trug mein Amtsgruppenchef Dr. Fischer über die Gesamtöllage vor, wie sie durch diesen katastrophalen Einbruch entstanden war. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß auch der Abtransport des rumänischen Erdöls erhebliche Schwierigkeiten bereitete, da in neuester Zeit durch Flugzeuge der Alliierten die Donau vermint worden sei und bis zur Räumung der Strom jeweils tagelang gesperrt werden müßte. Von zwanzig Werken der Hydrierung und Synthese mit einer theoretischen Gesamtkapazität von 374.000 Monatstonnen (April-Produktion), davon nicht weniger als 175.000 t Flugbenzin, waren fünf Werke mit 145.000 t Monatsproduktion vollkommen ausgefallen. Zwei waren so stark getroffen, daß sie in den nächsten drei Monaten auch nicht mit Teilkapazitäten wieder in Betrieb kamen, und Brüx fiel bis auf ganze 600 t Produktion an vier Tagen im Juli bis Ende Oktober völlig aus.

In den folgenden Wochen konzentrierten wir uns natürlich ausschließlich auf Überlegungen und Besprechungen über die Situation. Mit Speer war ich mir darüber einig, daß wir den Versuch machen mußten, die Ausbesserungen und den Wiederanlauf sämtlicher Treibstoffwerke zu betreiben, und zwar aller Werke gleichzeitig. Dazu sollten sofort unter anderem 2.000 Reparaturfacharbeiter aus anderen Industrien zusammengezogen und ein Generalkommissar für den Wiederaufbau mit allen Vollmachten eingesetzt werden. Zwischen dem 13. und 21. Mai widmeten wir uns ganz der Treibstoffversorgungslage. Noch nicht ausgelieferte Mai-Kontingente wurden gekürzt, Besprechungen mit den drei Wehrmachtsteilen durchgeführt, ferner Besprechungen mit dem OKW über Standort und Umfang der Treibstoffreserven und vor allem Besprechungen zwischen Professor Krauch und Dr. Bütefisch von den IG-Farben als Leiter der Wirtschaftsgruppe Mineralöl-Industrie, Dr. Fischer und mir. Im Vordergrund stand natürlich, wie ein Schutz der noch nicht getroffenen Werke bewerkstelligt werden könnte.

Die Berichte der Werksleiter über die Angriffe bewiesen, daß die Abwehr der Flak ziemlich wirkungslos gewesen war, da die Anflüge der Bomber in sehr viel größeren Höhen erfolgten als bisher. Zwar wurden unsere Heimatjägerformationen zum Angriff angesetzt. Der starke Jagdschutz aber, den die Bomberverbände hatten, ließ diese Angriffe nur in geringem Umfang gegenüber den Bomberflugzeugen selbst zur Wirkung kommen. Es ergab sich, daß ein wirklicher Schutz nur möglich war, wenn von unserer Seite so viele Jäger eingesetzt würden, daß ein Teil von ihnen den Jägerschutz der Alliierten durch Luftkämpfe beschäftigte, während der andere Teil die viel verwundbareren Feindbomber angreifen mußte. Trübe Erfahrungen haben auch später gezeigt, daß allein massierter Jägereinsatz Hilfe bringen konnte. Speer teilte unsere Ansicht vollkommen und wollte dieses Problem bei der Führerbesprechung in den Vordergrund stellen. Wir bereiteten die Führerbesprechung äußerst sorgfältig vor. Professor Krauch sollte über den Angriff auf Leuna vortragen und Dr. Bütefisch über die Angriffe auf die Werke Böhlen, Zeitz und Lützkendorf, über den Angriff auf Brüx Pleiger, da er mehrere Tage in Brüx gewesen war. Dr. Fischer als mein Amtsgruppenchef sollte über die Versorgungs- und Verteilungslage bis April und über die sich aus den Zerstörungen ergebenden Veränderungen und Einsparungsnotwendigkeiten für die Zukunft berichten, wobei Reserven aus Beständen möglichst nicht erörtert werden sollten. Ich sollte mich für die Diskussion in Reserve halten. Es wurden Zahlenaufstellungen und Schaubilder über alle erdenklichen Themen in übersichtlicher Form vorbereitet. Mit einem Teil unserer Information versehen, flog Speer bereits am 19. Mai auf den Obersalzberg, um Hitler einen Vorbericht zu erstatten. Die große Besprechung wurde dann auf den 23. Mai im Hauptquartier auf dem Obersalzberg angesetzt. Außer Hitler und Speer gehörten u.a. Göring, Keitel und Milch zu dem Teilnehmerkreis und von unserer Seite Krauch als GB Chem., Pleiger als Aufsichtsratsvorsitzer von Brüx, Bütefisch als Spezialist der IG-Farben und Leiter der Wirtschaftsgruppe Mineralölindustrie, Dr. Fischer von meinem Rohstoff- und Planungsamt als zuständiger Amtsgruppenchef wie ich selbst. Daneben nahmen noch Offiziere und Ingenieure der Luftwaffe und des



Neville Chamberlain und Adolf Hitler anläßlich der Münchener Konferenz 1938

Oberkommandos der Wehrmacht teil. Da Speer bereits mit Hitler gesprochen hatte, sollte in dieser Runde im wesentlichen uns das Wort überlassen werden. Speer hatte ohne Erfolg die Frage des Jägerschutzes für die Hydrierwerke bei Göring und Hitler angeschnitten. Jetzt sollte ich das Thema zur Sprache bringen. Ich war verblüfft, daß gerade ich als Zivilist dieses militärische Problem verfechten sollte. Ich konnte mir vorstellen, daß es eine ziemlich dramatische Aussprache geben würde. Aber ich sagte natürlich zu.

Hitler begrüßte uns alle kurz. Wir nahmen an einem ovalen Tisch Platz. Hitler saß an der Mitte der Längsseite, rechts von ihm Göring und Milch, links Professor Krauch und Pleiger, dann an der Schmalseite Speer, etwas im Hintergrund. Ich saß Hitler unmittelbar gegenüber und rechts von mir waren Dr. Fischer und Dr. Bütefisch. Krauch gab eine kurze Darstellung des Angriffs auf Leuna und einen umfassenden Überblick über die Schäden. Dann entrollte er, was äußerst wirkungsvoll war, einen großen Plan des Werkes Leuna, der mit kleinen, mittleren und großen Punkten übersät war. Hitler fragte sofort, was die Punkte bedeuteten, und Professor Krauch antwortete: "Jeder dieser Punkte ist eine Bombe, die ins Werksgelände gefallen ist. Die Punkte deuten die Größe der jeweiligen Bomben an." Hitler fragte: "Wie viele Bomben waren es insgesamt? " Krauchs Antwort: "Über 2.200 Bomben sind ins Werksgelände gefallen." Hitler hielt sich die Hand vor Augen. Stille trat ein. Er hatte es sich offenbar so schlimm nicht vorgestellt. Nach einer halben Minute nahm er die Hand von den Augen und sagte zu Krauch: "Fahren Sie fort!"

Nach Krauch trug Pleiger drastisch und blumenreich, wie es seine Art war, über den Angriff auf Brüx und die Zerstörungen, die er vorgefunden hatte, vor und ebenso über die für den Aufbau eingeleiteten Maßnahmen. Darauf folgte der Bericht von Dr. Bütefisch für die Werke Böhlen und Zeitz. Hitler stellte sehr sachlich und kurz mehrere Fragen vor allem über die Maßnahmen, die bisher zum Fliegerschutz für Belegschaft und Werksteile ergriffen worden waren und erkundigte sich bei Göring über den vorhandenen Flakschutz und Umfang und Wirkung des Eingreifens der Jäger. Göring wies unter anderem darauf hin, daß der Flakschutz bei allen Hydrierwerken verstärkt werden sollte. Leuna sollte zu einer "Flakfestung" ausgebaut werden, wie er sich ausdrückte.

In der Diskussion wurden die Möglichkeiten zur Errichtung von Attrappenbauten, die bei einzelnen Werken erfolgreich angewandt worden waren, erörtert. Auch die Frage einer Einnebelung der Betriebe und ähnliche Maßnahmen wurden diskutiert. Anschließend erhielt Dr. Fischer auf Vorschlag von Speer das Wort zu einem Referat über die bisherige Versorgungslage und welche Konsequenzen der riesige Kapazitätsausfall durch die Angriffe voraussichtlich haben würde. In kurzen Zügen wurde der bisherige Treibstoffverbrauch der Wehrmachtsteile den Möglichkeiten gegenübergestellt, wie sie sich nun aus der Produktion für Mai und Juni ergaben. Bestände wurden nur von Keitel erwähnt. Wir wollten nicht trösten, wir wollten schockieren.

Als ich merkte, daß Dr. Fischer ziemlich am Ende seiner Ausführungen war, fürchtete ich, daß ich vielleicht Schwierigkeiten haben würde, mit meinem Thema zu Wort zu kommen. Ich unterbrach ihn daher mit dem "Aufhänger", daß ich noch einige Ergänzungen geben wollte. Ich sprach kurz von der Lage der rumänischen Erdölfelder und den Schwierigkeiten im Abtransport der Treibstoffprodukte von dort und schwenkte dann über auf unser größtes und für den Flugtreibstoff wichtigstes Werk Pölitz bei Stettin, das mit 65.000 t Kapazität pro Monat (!) noch voll intakt war. Dieses Werk müßte ebenso wie die weiteren Betriebe im mitteldeutschen Raum unter allen Umständen und sofort geschützt werden. Hierzu reiche der Flakschutz bei weitem nicht aus, auch dann nicht, wenn er zu sogenannten "Flakfestungen" verstärkt würde. Die Wirkung der Flak hatte sich bei der Höhe in der die Bomberverbände flogen, als völlig unzureichend erwiesen. Hier unterbrach mich Göring, der das Gegenteil behauptet hatte, mit dem verständlichen Einwurf: "Woher wollen Sie das wissen? Sie waren doch nicht dabei." Ich verwies darauf, daß zwischen den Werksleitungen und der zum Schutz der Werke eingesetzten Flak-Einheiten ein ständiger Gedankenaustausch bestehe. Naheliegenderweise seien hierbei auch die Luftangriffe selbst ausführlich erörtert worden. Über das Ergebnis dieser Besprechungen hätte ich mich gründlich unterrichten lassen. Außerdem hätte ich Kenntnis von Ermittlungen der Luftwaffe über die Relation zwischen der Zahl der abgegebenen Flakschüsse und der Zahl der abgeschossenen Bomber. Bei den Maiangriffen auf die Hydrierwerke und den vorhergehenden Angriffen seien danach ein Bomberabschuß auf 2.000 bis 2.400 Schuß Flak gekommen. Das war natürlich eine Bombe!

Daß ich diese Informationen aus einem persönlichen Gespräch mit dem Befehlshaber der Luftflotte Reich, Generaloberst Stumpf, hatte, erwähnte ich nicht, um diesem keinen Ärger zu machen. Wenn die Bomberverbände in Größenordnungen von 500 bis 1.000 Bombern auf diese und ähnliche Werke anflogen, fuhr ich mit meinem Bericht fort, und man die kurze Gesamtzeitdauer der Angriffswellen berücksichtige, sei offenkundig, daß bei den ausgezeichnet geführten und stur kursfliegenden Bomberverbänden bei künftigen Angriffen wie bei denen am 12. Mai die große Masse der Bomben wieder ins Ziel gelangen würde. Ich plädierte daher für einen Jägerschutz "in

being", der zum Beispiel aus dem Raum der Provinz Brandenburg heraus über die Hälfte unserer gesamten Kapazität einschließlich Pölitz in ganz kurzem Anflug erreichen, die feindlichen Jägerschutzeinheiten durch Luftkämpfe binden und gleichzeitig die Bomberformationen mit Erfolg angreifen und auseinandertreiben könnte. Dazu legte ich eine Lagekarte über den Standort aller wichtigen Hydrier- und Synthesetreibstoffwerke vor, die Hitler mit Interesse studierte.

Nun war aber Görings Geduld erschöpft. Er unterbrach mich wütend und wandte sich zu Hitler:

"Kehrl, ist ein hoffnungsloser Zivilist und hat von Kriegführung, geschweige denn Luftkriegführung, keine Ahnung. Er stellt sich vielmehr vor, wir könnten sozusagen jedem Werk seinen eigenen Jägerschutz attachieren. Das sind Karlchen-Miesnick-Vorstellungen."

Auf meine Argumentation über die Erfahrungen aus den bisherigen Luftangriffen mit der Flak ging er nicht ein, wahrscheinlich weil er wußte, daß sie zutrafen.

Ich erwiderte empört:

"Herr Reichsmarschall, es ist zwar richtig, daß ich ein Zivilist bin, soviel verstehe ich von Kriegführung aber auch, daß man ohne Treibstoff keinen modernen Krieg führen kann. Attrappenbauten, Vernebelung und Flakschutz sind schön und gut, und ich möchte auf sie nicht verzichten. Sie sind aber ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn wir nicht durch massiven Jägerangriff die Bomberangriffe auf die Hydrierwerke zerschlagen können, dann werden auch die mit riesigem Aufwand in Gang befindlichen Wiederherstellungsarbeiten an den bisher betroffenen Werken nutzlos sein. Es muß doch möglich sein, weit mehr Jäger als bisher für den Schutz dieser Engpaßwerke einzusetzen. Schließlich kenne ich ja genau die Zahl der Jäger, die monatlich gebaut und von uns der Luftwaffe zur Verfügung gestellt werden."

Es schien so, als ob Hitler sich meine Kontroverse mit Göring nicht ohne Wohlwollen angehört hatte nun griff er beinahe schlichtend ein, indem er zu Göring sagte:

"Ich bitte Sie, die Sache zu prüfen."

Er wollte wohl eine weitere Erörterung dieses militärischen Themas in diesem Kreise nicht zulassen.

Aber Göring ließ sich nicht beschwichtigen. Es müsse bei dieser Gelegenheit einmal gesagt werden, die Treibstoffverluste durch Luftangriffe, die nicht hätten verhindert werden können, seien nicht die einzigen und vielleicht noch nicht einmal die größten Verluste. Es entstünden laufend schwere Verluste an Treibstoff durch Fehldispositionen. Es würden zum Beispiel Erdölraffinerien an Standorten betrieben, bei denen sie luftmäßig überhaupt nicht geschützt werden könnten, wie Rotterdam, Marseille, Bordeaux und vor allem im Raum zwischen Venedig und Triest. Dort könnte der Feind überall von See her ohne Vorwarnzeit angreifen und hätte auch diese Raffinerien immer wieder zerstört und bedeutende Vorräte vernichtet. Aber als ob nichts geschehen sei, würde die Produktion nach den Wiederherstellungsarbeiten oder in einer benachbarten Raffinerie wiederaufgenommen.

Göring hatte sein Ziel erreicht. Hitler war erregt. "Wer ist für diesen Unsinn verantwortlich? " Es entstand eine Pause, bis ich sagte: "Ich bin dafür verantwortlich und es ist kein Unsinn." Jedermann im Raum, auch ich, schien eine Explosion Hitlers zu befürchten, und Keitel winkte mir, hinter Hitler stehend, entsetzt zu, als wollte er sagen, ich solle doch um Gottes Willen den Mund halten. Dann fragte Hitler mit ruhiger, aber eisiger Stimme: "Warum ist es kein Unsinn, Herr Kehrl? "

Hans Kehrl, ehemals 2. Mann im Reichswirtschafts- und Rüstungsministerium, hier nach 1945

Ich schilderte dann, daß mir das Problem schon im Jahre 1943 von Herrn Dr. Fischer vorgetragen worden sei, und daß wir es immer wieder gründlich diskutiert hätten. Ich hätte dann entschieden, daß Werke an diesen Standorten zeitweise betrieben werden sollten. Ich begründete das eim einzelnen.

Es ist bekannt, daß die strategischen Luftangriffe auf industrielle Ziele im Reich von den U.S. Strategic Bombing Survey gesteuert werden und daß diese nach einem gemeinsamen Plan mit den Engländern arbeiten. Es hat sich herausgestellt, daß pro Monat nur eine bestimmte Anzahl Flüge geflogen werden können. Diese Tatsache hängt wahrscheinlich zum Teil von der Wettergunst oder -ungunst ab, zum Teil aber auch von der Zahl der für den Einsatz zur Verfügung stehenden Flugzeuge und Piloten, die jeweils zu Großangriffen gesammelt würden. Jedenfalls überstieg die Anzahl der strategischen Bombenangriffe nie zwanzig Tage im Monat. Meist sind es weniger gewesen. Mir wurde immer mehr klar, daß der Treibstoffsektor unser gefährdetster und risikoreichster Engpaß ist. Daher wollte ich auf diesem Gebiet sozusagen als Angriffsobjekt Werke anbieten, die unter verhältnismäßig kleinem Risiko für uns angegriffen werden können. Jeder Angriff dieser Art von mehreren 100 Flugzeugen, der auf Erdölraffinerien geht, kann nicht gegen den Kern unserer Benzinerzeugung oder ähnliche Engpässe erfolgen. Das gilt insbesondere für die fünf Raffinerien zwischen Fiume und dem Raum von Venedig. Diese Raffinerien werden transportnah mit Erdöl aus Ungarn oder dem Wiener Raum gespeist. Die wären immer wieder Luftangriffen ausgesetzt. Es hat Zerstörungen gegeben. Es verbrannte auch Öl. Aber diese oder jene Raffinerie blieb meistens funktionstüchtig. Und wenn eine der größeren nur fünf bis sechs Tage produzierte, so reichte das häufig schon aus, um den Monatsbedarf unseres Heeres in Italien zu decken. Die produzierte Menge wird aus dem Raum Venedig kontinuierlich abgefahren, damit sich dort keine größeren Lager bilden.

Wir betrieben sogar Anlagen, fuhr ich fort, in Serbien und Kroatien und natürlich in Ungarn sowie Anlagen an der Mittelmeerküste Frankreichs, die wir auch schon gelegentlich mit ungarischem Öl beliefert haben. Immer wieder wurden hierdurch Angriffe abgelenkt, die uns möglicherweise im Reichsgebiet im Kern unserer Produktion viel schwerer getroffen hätten. Die Kapazitäten bei den verbündeten Ländern und in den besetzten Gebieten wären auf dem Gebiet der Erdölverarbeitung viel größer, als es für unseren Erdölanfall notwendig war. Wir können daher von den nichtbetriebenen Werken Aggregate ausbauen und damit die betriebenen reparieren. Aus den gleichen Gründen der Risikostreuung planen wir auch, alle zerstörten Hydrierwerke wiederaufzubauen, um die Bombenangriffe auch in Zukunft bis zu einem gewissen Grade durch Aufteilung auf mehrere Werke zersplittern zu können.

Hitler hatte aufmerksam zugehört und sagte ganz ruhig: “Es war kein Unsinn, Herr Kehrl.” Hitler drängte jetzt aber sichtlich auf Schluß der Besprechung. Aber ich bat ihn noch einmal um eine Entscheidung wegen des Jägereinsatzes. Hitler wandte sich an Göring und sagte:

“Herr Reichsmarschall, bitte überdenken Sie das Problem noch einmal und halten Sie mir in den nächsten Tagen Vortrag.”

Hitler erhob sich. Die Besprechung war beendet. Hitler war die ganze Zeit sehr bleich, aber konzentriert und präzise in seinen Fragen gewesen. Vier Wochen später sollte ich einen völlig verwandelten Hitler auf dem Obersalzberg wiedersehen.

Neue Weichenstellung für die Wirtschaft

Neben der alles überschattenden Frage der Versorgung der Wehrmachtsteile mit dem nötigen Treibstoff waren wir nach dem Mai 1944 natürlich auch mit dem verwickelten Problem befaßt, wie der Nah- und Fernverkehr im Reichsgebiet — soweit er durch motorisierte Fahrzeuge erfolgte — in Zukunft sichergestellt werden könnte. Diese Frage war verflochten mit dem Kraftstoffbedarf der Wehrmacht, die in der Heimat stationiert war. Denn deren Verbrauch sollte zugunsten des Frontheeres von der Wehrmacht selbst herabgedrückt werden, um die Kürzung, die sich an der Front bemerkbar machen würde, so niedrig wie möglich halten zu können.

Mitte Mai, als die Angriffe auf die Hydrierwerke begannen, waren die Treibstoffkontingente für die Wirtschaft für Juni bereits ausgegeben und über das Reichsgebiet verteilt. Das Gesamtkontingent “Wirtschaft”, wie wir in einem Sammelnamen den Verbrauch von etwa 25 Unterkontingentsträgern bezeichneten, betrug beim Vergaserkraftstoff etwa 20 % des Wehrmachtskontingents, beim Diesel hatte er bisher sogar etwas höher gelegen als das Wehrmachtskontingent. Trotz ständigen Drängens unsererseits hatte die Wehrmacht bis dahin einer fühlbaren Umstellung ihres Kraftfahrzeugparks von Benzinfahrzeugen auf Dieselfahrzeuge zähen Widerstand ent-

gegengesetzt, von Holzgeneratoren ganz zu schweigen. In der Wirtschaft hatten wir diese Umstellung mehr forcieren können, so daß das Schwergewicht des Flüssigtreibstoffverbrauches in der Wirtschaft beim Diesel lag. Die Vergaserkraftstoffzuteilung wurde für die Gesamtwirtschaft im III. Quartal auf 15 % der Wehrmachtszuteilung herabgedrückt. Aber irgendwie mußte hierfür ebenso wie für die Kürzung des Dieselkontingents Ersatz geschaffen werden. Die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, ja des Lebens überhaupt, war entscheidend von dem motorisierten Nah- und Fernverkehr abhängig.

Auf Veranlassung von Feldmarschall Keitel nahm ich Fühlung mit Generalmajor Koll auf, der im Auftrag des Oberkommandos der Wehrmacht eine straffe Zusammenfassung des Wehrmachtskraftwesens, das bisher auf die drei Wehrmachtsteile zersplittert war, betrieb.

Wir waren uns auch mit dem Reichsverkehrsministerium schnell darüber einig, daß bis zu einem gewissen Grade der Transportbedarf des Heimatheeres und der Wirtschaft eine Einheit darstellte und daß umfassende organisatorische Maßnahmen getroffen werden mußten, um den Gütertransport durch LKW auf eine viel rationellere, weniger individualistische Basis zu stellen als bisher. Das konnte nur dadurch geschehen, daß in möglichst weitem Umfang regionale Transportgemeinschaften gebildet wurden, die als Güterfahrbereitschaften den Verkehr für all die wirtschaftlichen Unternehmen, öffentlichen Institutionen usw. besorgten, die vom eigenen Fahrzeugbetrieb abgeschaltet werden mußten. Durch stete Vollauslastung der noch fahrenden LKW und Vermeidung von Leerrückfahrten sollte mit viel weniger Treibstoff die gleiche Gütermenge bewegt werden. Soweit nicht schnell genug andere praktikable Lösungen örtlich auf freiwilliger Basis gefunden werden konnten, erklärte Koll die Bereitschaft der Wehrmacht, auch Wirtschaftstransporte durch ihre zu erweiternden Fahrbereitschaften durchzuführen.

Diese organisatorische Weichenstellung erschien mir noch aus einem anderen Grunde notwendig. Wir verfügten über einen Treibstoff, dessen Möglichkeiten bisher nicht annähernd ausgeschöpft waren: das Holz. Es waren brauchbare Typen von fahrbaren Holzgeneratoren entwickelt worden, die seit Jahren in kleinerem Umfang im Einsatz waren und sowohl für Gütertransporte als auch Busse und Personenwagen benutzt werden konnten. Aber die Generatoren waren nicht weit genug verbreitet. Der Generator war unbeliebt, weil er mühselig war. Das Gas konnte nicht gespeichert werden. Es mußte erst der Verbrennungsvorgang im Generator in Gang gesetzt und etwas gewartet werden, bis das Fahrzeug abfahren konnte. Während der Fahrt mußte das Fahrzeug von Zeit zu Zeit angehalten werden, um im Generator zu stökern und den Verbrennungsvorgang in der richtigen Form aufrechtzuerhalten. Der Fahrer war also gleichzeitig eine Art Heizer. Ich kannte das Problem genau, weil ich mir seit längerer Zeit für weitere Fahrten einen Wagen mit großem Hubraum (bei kleinem Hubraum funktionierte das Holzgas ziemlich schlecht), einen alten Horch, auf Generator hatte umbauen lassen. Die Konzentrierung des Transportwesens gab nun eine willkommene Gelegenheit, die Umstellung auf Generatoren zwangsweise durchzuführen.

Der schnelleren Ausdehnung des Holzgasgenerators im motorisierten Verkehr hatte auch bisher immer im Wege gestanden, daß das Tankholz durchaus nicht immer zur Verfügung gestanden hatte. Es fehlte also an "Holztankstellen" und an gut aufbereitetem Tankholz. Ich maß der Forcierung dieser Entwicklung große Bedeutung bei. Denn ich war davon überzeugt, daß wir in der Kriegszeit und auch in den ersten Jahren nach einem verlorenen Krieg ständig unter Treibstoffmangel leiden würden.

Es mußte also zu diesem Zweck eine Organisation geschaffen und noch vor Kriegsende konsolidiert werden. Daher sollte die Festkraftstofferzeugung und Verteilung jetzt schon im organisatorischen und weisungsmäßigen Zusammenhang mit Flüssigtreibstoff stehen. Letztlich lief es ja doch darauf hinaus, daß den Verkehrsberechtigten die Berechtigung, Flüssigtreibstoff zu verwenden, entzogen und als Ersatz Festtreibstoffversorgung angeboten werden sollte. Diese Überlegungen wurden in den ersten drei Wochen des Juni zum Abschluß gebracht und die anordnungsmäßigen Folgerungen daraus gezogen. Bei dem Umfang der Auswirkungen hielt ich es für notwendig, das neue System von der Zentralen Planung sanktionieren zu lassen. Speer sollte persönlich die notwendigen Weisungen mit seiner Autorität decken.

Am 30.6.1944 erläuterte ich gemeinsam mit Koll diese Ideen. Die Zentrale Planung sanktionierte die Absichten, die von mir zum Teil in "Führererlasse" gegossen wurden.

Eine Umstellung auf Generatoren auf breiter Basis war ja auch davon abhängig, daß nicht nur genügend Holz eingeschlagen, sondern auch aus dem Walde gebracht und von entsprechenden Produktionsstätten auf Tankholz umgearbeitet und regional ausreichend gestreut angeboten wurde. Die ins Stocken geratene "Holzbringung" aus dem Wald an die Bedarfsstellen wurde durch den Einsatz eines "Reichsbevollmächtigten für die Holzbringung" wieder flottgemacht. Durch Erlaß von Speer als GB Rüst wurde mir unter dem 30.6.1944 die Lenkung der gesamten "Festkraftstoffwirtschaft" übertragen. Nachdem ich für die Durchführung des Problems genügend Kenntnis gesammelt hatte, erließ Speer unter dem 10. August eine Durchführungsanordnung, die das Aufgabengebiet im einzelnen klarlegte. Bis der Holzeinschlag und die Bringungsaktionen im Gang waren, hatte ich mit den Herren

meiner Ämter in allen Einzelheiten ein Schema besprochen, wie die Tankholzaktion ablaufen sollte. Dazu wurde von mir schließlich am 1. September eine eingehende Weisung erlassen.

Mit dem Erlaß übertrug ich meinem langjährigen bewährten Mitarbeiter, meinem Generalreferenten für Sonderaufgaben Dr. Dorn, der in organisatorischen Fragen besonders begabt war, die gesamte Planung auf diesem Gebiet und übertrug ihm auch die Verantwortung für das Verteilungswesen der Festkraftstoffe. Es kam vor allem darauf an, möglichst schnell regional funktionierende Organisationen ins Leben zu rufen, da vorauszusehen war, daß sehr bald eine zentrale Steuerung nicht mehr möglich sein würde.

Einzelne Gebiete entwickelten sich zu einer Art Verkehrswüste. Die normalen Kommunikationen funktionierten nur noch schleppend. Die Auflösung des Reichsgebietes in auf sich selbst angewiesene Teilgebiete war nur noch eine Frage der Zeit.

Wieder gelang es Dr. Dorn noch in diesem Stadium des Krieges, brauchbare, tatkräftige Männer für die Organisation zu finden, zum Teil aus den Reihen derer, die in der Ostfaser inzwischen frei geworden waren. Im Oktober 1944 waren circa 112.000 mit Generatoren ausgerüstete Fahrzeuge im Einsatz und die Zahl stieg noch bis in das erste Quartal 1945 laufend an.

Seit Beginn des zweiten Quartals 1944 hatten das Kriegsgeschehen und die erfolgreichen Angriffe auf die Treibstoffindustrie die gesamte Lage völlig verändert. An der Ostfront hatte die sowjetische Sommeroffensive gegen die Heeresgruppe Mitte und gegen Finnland die deutsche Front in schwerste Bedrängnis gebracht und Finnland in den ersten Septembertagen zum Abschluß eines Waffenstillstandes gezwungen. Auch Rumänien führte einen Frontwechsel durch. Die russische Offensive gegen Südpolen war ebenfalls erfolgreich.

Am 6. Juni hatte die alliierte Invasion in der Normandie begonnen. Anfang Juli befand sich schon beinahe eine Million Mann in dem ständig sich erweiternden Brückenkopf, von dem aus schließlich Ende Juli der Ausbruch in das französische Gebiet und damit der Bewegungskrieg in Frankreich erzwungen wurde. Durch das Schrumpfen des von uns beherrschten Raumes und die Treibstoffmisere hatte ein Teil der bisherigen Rüstungsziele seinen Sinn verloren.

Und gerade im Juni und Juli hatten fast alle Zweige der Rüstung ihre höchsten Ausstoßzahlen seit Beginn des Krieges erreicht. Aber was sollte es für einen Zweck haben, die Produktion zum Beispiel der Flugzeuge und Panzer noch weiter zu steigern, wenn kein ausreichender Treibstoff zur Verfügung stand. Es hatte auch keinen Zweck, die Munitionserzeugung weiter vorwärtszutreiben, wenn der Sprengstoff nicht ausreichte. Bei der Kriegslage war das stürmische Drängen der Wehrmacht auf Freigabe der uk-gestellten jüngeren Jahrgänge auch aus der Rüstungsindustrie nur allzu verständlich. Schon im Jahre 1943 hatte ich selbst ein ganzes Bouquet von Maßnahmen zur Freisetzung von Reserven in der Rüstungswirtschaft ausgearbeitet. Teils konnte ich mich damals noch nicht damit durchsetzen, teils blieben die akzeptierten Anregungen wegen der Erkrankung Speers liegen. Einige zog ich jetzt aus der Schublade. Sie wurden nun sofort ohne viel Diskussion und Widerstände in die Tat umgesetzt. Zum Beispiel wird am 25. Mai 1944 in der Speer-Chronik berichtet:

> *"Im Anschluß an die Sitzung legte Präsident Kehrl dem Minister eine Ausarbeitung über noch vorhandene Reserven in der Industrie vor, die vor allem dadurch mobilisiert werden könnten, daß durch Verbot von Waffenänderungen und überflüssigen Entwicklungen Arbeitsstunden produktiv in der Fertigung eingesetzt werden könnten. Der Kampf gegen die unausrottbaren Änderungen soll durch einen Führererlaß neu aufgenommen werden."*

Am 18. Juni legte Speer Hitler den "Erlaß über die Konzentration der Rüstungs- und Kriegsproduktion" vor, den Hitler am 19. Juni unterschrieb.

Trotz der Hoffnungslosigkeit in bezug auf den endgültigen Ausgang des Krieges war ich der Meinung, daß wir in unseren Rüstungsanstrengungen mit veränderter Zielsetzung auf Verteidigung nicht nachlassen dürften. Wir konnten keinesfalls die Millionen Soldaten, die in den Weiten des östlichen Raumes, in Rumänien, Griechenland, Jugoslawien und Italien standen, den Nachschub an Waffen und Munition verweigern, den sie zur Verteidigung so bitter nötig hatten. Es war nicht an uns, in der Heimat aufzugeben, denn das konnte bedeuten, daß wir unsere Jungens damit in Bedrängnis brachten und sie den nicht absehbaren Folgen einer langen Gefangenschaft überantworteten.



Haßagitator Winston Churchill

Alles, was wir in diesem Stadium des Krieges rüstungsmäßig noch tun konnten, hatte natürlich nur Zweck, wenn es gelang, in der Heimat eine Wende in der Luftbeherrschung herbeizuführen. Speer unterrichtete mich von Zeit zu Zeit über den zähen Kampf, den er selbst, Milch, Fliegergeneral Galland und andere führten, um den theoretisch gebilligten Plan der Ansammlung einer Jägerflotte zum Heimatschutz durchzusetzen. Der laufende Einsatz einer geringen Zahl von Normaljägern und hin und wieder einige Me 262 in der Heimatverteidigung war eine viel zu schwache Abwehr, als daß davon ins Gewicht fallende Wirkung hätten erwartet werden können.

Aufgrund einer neuen Hiobsbotschaft machte ich Mitte August 1944 einen letzten Versuch, mich in das Geschehen, das eigentlich außerhalb meiner Einflußsphäre lag, einzuschalten. Ich berichte im folgenden darüber, weil damit dokumentarisch belegt wird, worum es bei dem ganzen Problem ging:

Von meinem Verbindungsmann zum Amt Saur hatte ich am 15. August 1944 zu meinem Entsetzen gehört, daß von Hitler eine Entscheidung getroffen worden war, unter dem Stichwort "Aktion 88", das Flakprogramm zu Lasten der Erzeugung von Jägern zu forcieren. Ich beschloß des größeren Nachdrucks halber, mich in einem schriftlichen Vermerk an Speer ganz entschieden gegen diese Entscheidung zu wenden. Gleichzeitig wollte ich verhindern, daß er dort versandete, und schickte daher eine Kopie an Feldmarschall Milch, Staatssekretär Körner, meinem Amtschefkollegen Saur und über meinen Verbindungsoffizier zu Keitel an diesen. Vielleicht habe ich auch noch den einen oder anderen vergessen. Jedenfalls habe ich das Memorandum in acht Ausfertigungen machen lassen. Ich war mir bewußt, daß es sich bei der "Aktion 88" nicht um Überlegungen, sondern um einen ergangenen Führerbefehl handelte, kleidete aber meine Darlegungen in eine Einleitung, die es so erscheinen lassen sollte, als ob es sich nur um Erwägungen handele und es noch Zeit sei, Argumente vorzubringen. Das Memorandum trägt das Datum des 18. August 1944 und betrifft die "Aktion 88". Ich nahm mit Schärfe gegen die angeordnete Drosselung der Jäger-Produktion zugunsten der Flak-Produktion Stellung. In dem Momorandum hieß es u.a.:

"Der gegenwärtige hohe Verlust an Jagdfliegern und die schlechte Lage der Flugtreibstoffversorgung sind nicht zwangsläufig, sondern durch die gegenwärtige Taktik des Einsatzes der Jagdwaffe bedingt. Das Entgegenstellen einer jeweils kleinen Anzahl Jäger in Front und Heimat gegenüber einer großen Übermacht der Gegner verursacht in gleicher Weise die hohen Verluste wie die Unmöglichkeit eines hohen Schutzes für die Flugtreibstoffwerke. Ein Übergang zu einem gesteigerten Flakprogramm wie vorgesehen bedeutet bis zum Herankommen der Strahljäger einen weitgehenden Verzicht auf den Einsatz von Jagdfliegern zum Schutze der Heimat und Einsatz an der Front in gleicher Weise. Wenn ein solcher Verzicht auf Monate durch Verzicht auf den Bau der entsprechenden Jäger-Typen möglich erscheint, so können durch eine entsprechende sofortige Entscheidung über den Einsatz der vorhandenen Jagdwaffe die Gründe sehr viel schneller beseitigt werden. Durch einen zwei- bis vierwöchigen Nichteinsatz der Jagdwaffe und damit Ansammlung einer entsprechend hohen Zahl von Jägern und ihren Einsatz zur Heimatverteidigung nach starker Auffüllung würden die hohen Verluste der Jagdflieger ebenso vermieden werden können, wie durch ihren massierten Einsatz nach diesem Zeitraum ein ausreichender Schutz der wichtigsten Flug-



Trinkspruch zweifelhafter Sieger auf einen zweifelhaften Sieg

treibstoffwerke ermöglicht werden könnte. Bei einer Konzentration des Einsatzes in dieser Form wäre auch der Anschluß an Neu- und Mehrproduktion von Flugtreibstoff im Oktober und November mit den vorhandenen Beständen zu erreichen ..."

Die Eingabe schloß wie folgt:

"Abschließend muß darauf hingewiesen werden, daß meines Erachtens der Entschluß zur Speicherung von Jagdmaschinen und Jagdfliegern zum massierten Einsatz der Verteidigung der Heimat sich zwangsläufig aus der ungeheuren Gefährdung der Sprengstofferzeugung und ihrer Vorprodukte ergibt. Wenn sie in demselben Umfang, wie gegenwärtig die Flugbenzinerzeugung, ausgeschaltet werden würde, würden die Folgen noch viel tragischer sein, als die des Einbruchs in die Flugbenzinerzeugung, da der Einsatz aller Waffen zu Lande, zu Wasser und in der Luft in gleicher Weise gefährdet wäre . Alle hier in Frage stehenden Produktionsstätten durch Flakschutz rechtzeitig sichern zu wollen, wäre ein hoffnungsloses Beginnen. Meines Erachtens verlangt gerade der Schutz dieser wichtigen Grundlagen unserer Kampfkraft eine schnelle Entscheidung in dem oben geschilderten Sinne."

Ich ließ die fünf Exemplare durch unseren Kurierdienst zustellen. In der Nacht rief mich Speer sehr aufgeregt an und sagte, ob ich von allen guten Geistern verlassen sei. Es handele sich bei der "Aktion 88" um einen bereits erlassenen Führerbefehl, den ich mit dürren Worten als unsinnig bezeichnet hätte. Außerdem läge das außerhalb meiner Zuständigkeiten. Für den strategischen oder taktischen Einsatz der Luftwaffe sei ich nun aber wirklich nicht zuständig, auch wenn ich meine Pflichten noch so extensiv auslegte. Er sei selbst im Hauptquartier gewesen und hätte gegen den Befehl angekämpft, ohne etwas auszurichten. Speer wollte wissen, an wen weitere Ausfertigungen gegangen seien. Speer wies mich an, sofort mit allen Empfängern zu telefonieren und die Exemplare zurückzufordern. Niemand sollte von ihrer Existenz etwas verlauten lassen. Ich weigerte mich entschieden, Saur anzurufen, da ich ihn in dem (diesmal allerdings nicht zutreffenden Verdacht hatte, daß er an dem Erlaß nicht unschuldig sei). Speer bemerkte daraufhin, er würde das selber übernehmen, wenn die Ausarbeitung nicht schon von Saur ins Führerhauptquartier weitergegeben worden wäre. Körner und Milch rief ich an: beide hatten das Memorandum gelesen und Milch sagte, er fände es ausgezeichnet und sei völlig meiner Meinung. Von Keitel forderte ich es nicht zurück, sondern ließ den Adjutanten Keitels bitten, sicherzustellen, daß Keitel das Memorandum gegenüber Hitler nicht erwähnte. Speer legte darauf den allergrößten Wert. Am nächsten Tag sagte mir Speer, er könne mich über die Besprechung im Führerhauptquartier in dieser Sache nicht unterrichten. Der Fall sei aber hoffnungslos.

Es war mein letzter Versuch, Einfluß auf Entscheidungen der Führung zu nehmen. Wie Speer gesagt hatte — es war hoffnungslos. Ich zog für mich die Schlußfolgerung, in Zukunft noch mehr alle Überlegungen und Entscheidungen meines Einflußbereiches bis zum bittern Ende nach eigenem Ermessen und ohne Konsultationen mit irgend jemandem zu treffen. Sinnvolle Entscheidungen von Hitler waren offenbar nicht mehr zu erwarten, und das Speer-Ministerium war standort- und führungsmäßig in Auflösung begriffen.

Am 13. Juli 1944 hatte ein Führererlaß das Licht der Welt erblickt, den ich nach Rücksprache mit Speer schon um die Jahreswende 1943/44 wenige Wochen nach der Übernahme des Planungsamtes entworfen hatte. Hierüber heißt es in der Speer-Chronik:

"Am gleichen Tage wird vom Minister ein angeregter Führererlaß über die Erfassung und Verwendung von Lagerbeständen für die Rüstungs- und Kriegsproduktion im Reichsgesetzblatt bekannt gegeben. Es hat durch die verlangte Einschaltung der Reichskanzlei fünf Monate gedauert, bis der Erlaß herausgekommen ist."

Durch meine Erfahrungen mit den Kontingentsträgern im Reichswirtschaftministerium anhand einer Fülle bekannt gewordener Einzelfälle und durch stichprobenweise Untersuchungen hatte ich schon vor Eintritt in das Speer-Ministerium festgestellt, daß sich in der Wirtschaft auf zahlreichen Gebieten beachtliche Reserven dadurch angesammelt hatten, daß Anforderungen in einem nicht notwendigen Umfange befriedigt worden waren. Der Erlaß gab gegenüber den Wehrmachtsteilen, aber auch allen sonstigen Kontingentsträgern weitgehende Vollmachten, Feststellungen über Bestände dieser Art zu treffen. Speer beauftragte die regionalen Rüstungsinspektionen mit einer entsprechenden Aktion, und ich ließ mir die Vollmachten aus dem Erlaß von Speer auf das Planungsamt delegieren, da wir ja schließlich für die Gesamtverteilung verantwortlich waren und die Erfassung von Lägern natürlich auch dazu gehörte. Schlagartig setzte ich eine größere Anzahl von Leuten mit dem Auftrag ein, anhand einer Fotokopie der Vollmacht Zugang zu besonders bezeichneten oder von ihnen ausfindig gemachten großen Lagerverwaltungen zu verschaffen und zügig Meldungen an mich zu erstatten. Zum Teil kamen geradezu sagenhafte Dinge dabei heraus. Nach ersten Lagererhebungen bei der Luftwaffe über Ausrüstungsgegenstände, die zum Teil völlig unverständliche Größenordnungen hatten, wurde ein Parlamentär mit dem Vorschlag zu mir entsandt, die Luftwaffe wäre bereit, für eine Million Mann Uniformen und sonstige Mannschaftsausrüstungsgegenstände sofort freizugeben, wenn die Untersuchungen eingestellt würden. Darauf einigten wir uns unter gleichzeitiger Aussetzung entsprechender Zuteilungen und Kontingente auf diesen Gebieten für das nächste Halbjahr. Die Marine hatte nicht weniger als 60.000 komplette Ausstattungen für U-Bootfahrer auf Lager! Die Aktion verschaffte uns bei den Kontingentszuteilungen für die nächsten beiden Quartale nicht nur durch

Einsatz dieser Läger Luft, sondern vor allem dadurch, daß aufgrund der Lagerermittlungen neu angeforderter Bedarf nicht mehr befriedigt zu werden brauchte und die Zuteilungspläne daher entsprechend entlastet wurden.

Bei parallel laufenden Erhebungen konnte das Planungsamt feststellen, daß auf sehr vielen Gebieten sowohl die Ersatzteilforderungen, als auch die Reparaturen stiefmütterlich bedacht wurden. Der Jägerstab hatte bereits erkannt, daß sich mit einem verhältnismäßig geringen Aufwand an Arbeitskräften und Material hohe Ablieferungen an Flugzeugen an die Luftwaffe hatten ermöglichen lassen, wenn die Reparaturen vor der eigentlichen Neuproduktion rangierten. Dasselbe galt auch zum Beispiel für Panzer, für Lokomotiven, für Kraftfahrzeuge aller Art. Auf den verschiedensten Gebieten wurde daher eine erhöhte Ersatzteilfertigung angekurbelt, die es im Zusammenhang mit dem forcierten Reparaturprogramm ermöglichte, der Wehrmacht große Stückzahlen an Waffen und Gerät mit einem weit geringeren Aufwand an Arbeitsstunden und Material zur Verfügung zu stellen, als das bei völliger Neuanfertigung möglich gewesen wäre.

Die Lagerüberprüfungen auch von seiten der Rüstungsinspektionen ergaben ferner, daß erhebliche Bestände an Wehrmachtsgerät und auch Waffen und Kraftfahrzeugen vorhanden waren, denen nur gewisse Teile oder Zulieferungen zu ihrer Vervollständigung fehlten. Es handelte sich allerdings auch dabei zum Teil um Typen, die inzwischen durch neuere ersetzt waren. Bei den großen Verlusten insbesondere des Heeres während der Rückzüge aus dem Osten waren jetzt naturgemäß auch zur Vervollständigung der Ausrüstung und Bewaffnung frühere Typen willkommen. Jedenfalls waren sie immer noch besser als gar nichts. Alle Ausschüsse wurden daher angewiesen, daß Reparatur und Komplettierung vor Neuanfertigung rangierte. Vor allem dieser Umschaltung war es zu verdanken, daß die Rüstungsproduktion und auch die Herstellung von allgemeinem Heeresgerät nicht annähernd so absanken, wie es der Fall gewesen wäre, wenn die Endfertigung allein auf neue Rohstoffkontingente angewiesen gewesen wäre. Not lehrt Nachdenken.

"Bewußtseinsspaltung"

Der 20. Juli 1944 bedeutete für mich eine Zäsur. Auch das letzte Fünkchen Hoffnung, daß das Allerschlimmste, die Kapitulation doch noch abgewendet werden könnte, war dahin. Der Rückzug unserer Truppen aus der Weite des europäischen Raumes auf die Reichsgrenzen war überall, mit Ausnahme von Norwegen, voll im Gange. Die Luftherrschaft der Alliierten über dem europäischen Raum und dem Reichsgebiet war fast lückenlos. Die Verbündeten Finnland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Italien suchten sich vor dem Untergang zu retten, soweit das bei der Lage überhaupt noch möglich war. Die Zulieferungen wichtigster Metalle aus Finnland (Petsamo), der Türkei und dem Balkan blieben ebenso aus wie die Mineralöllieferungen aus Rumänien und Ungarn. Die Kohle- und Stahlproduktion in Belgien und Frankreich, die ein Teil unserer europäischen Planung gewesen waren, litten zunächst unter erheblichen Transportbehinderungen. Wenig später fielen sie ganz weg, da die Produktion entweder zum Erliegen kam oder die Betriebe von vorrückenden Feindkräften besetzt wurden. Mit industriellen Lieferungen aus Frankreich konnten wir schon bald gar nicht mehr rechnen. Die Zeit war abzusehen, daß Belgien und Holland ebenso ausfallen würden wie der oberitalienische Raum.

Allen Planungen war die Basis entzogen. Hinzu kam das lähmende Gefühl, daß Hitler gar nicht mehr regierungsfähig war, ja, daß wir überhaupt keine Führung mehr hatten, die die Realitäten sah oder sehen wollte. Es war, als würden Schauspieler ein Drama unbeirrt zu Ende spielen, obgleich der Hintergrund, das Szenarium, vor dem das Drama abläuft, schon längst nicht mehr vorhanden ist. Es war eine unwirkliche Philosophie des "als-ob". Alles schien wie durch einen Nebelschleier verhüllt. Jeder der bisherigen Akteure mußte seine Rolle weiterspielen, weil er bei der Kompliziertheit der Gesamtverstrickung nicht die leiseste Vorstellung davon haben konnte, was sein Versagen oder Verzagen für Hunderttausende von Menschen irgendwo bedeuten könnte. Es gab kein Machtzentrum und keine Basis für ein Machtzentrum außer dem Überkommenen. Der extrem dilettantische Versuch, ein neues Befehls- und Machtzentrum zu bilden, war am 20. Juli kläglich gescheitert. Es war wirklich so, wie Hitler auf dem Platter-Hof gesagt hatte: wir sitzen alle in einem Boot, keiner konnte aussteigen, keiner konnte sich distanzieren, auch wenn er wollte. "The point of no return" lag längst hinter uns. Wir waren wie die Mannschaft in einer Raumrakete. Wir waren auf einen vorprogrammierten Kurs abgeschossen. Uns war nur



Der Führer im Kreis von Verwundeten

— Foto Hans Wagner —

noch die Möglichkeit kleinerer Nachsteuerungen gegeben, die vielleicht die Landung etwas weicher machen konnten.

Es gab keine vertretbare Alternative. Jedem von uns an verantwortlicher Stelle blieb nur die Möglichkeit, die Tagesarbeit gewissenhaft weiterzuführen, nach Möglichkeit Einbrüche abzuriegeln und durch immer neue Improvisationen das beinahe Unmögliche möglich zu machen. Und sollte dennoch die Kapitulation unvermeidlich sein, an uns sollten jedenfalls die Anstrengungen nicht gescheitert sein. Daß dem so war, ergibt sich deutlich aus dem Rechenschaftsbericht Speers vom 27. Januar 1945, in dem er einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Rüstungswirtschaft seit Beginn des Krieges für alle seine Mitarbeiter aller Sparten seines Arbeitsbereiches erstellt und damals verteilt hatte. Darin findet sich der Satz:

"Die Rüstungsleistung des Jahres 1944 für das Heer hätte dazu ausgereicht, um 225 Infanteriedivisionen auszustatten und 45 Panzerdivisionen neu aufzustellen."

Über die Lage und ihre Konsequenzen brauchte ich mit meinen Mitarbeitern nicht zu sprechen. Die Tatsachen sprachen für sich selbst. Im Ministerium wurden auch nicht viele Worte gemacht. Auf einem schwer angeschlagenen Schiff, in dem das Wasser steigt, hört das Reden auf. Aber niemand konnte verhindern, daß sich jeder seine eigenen Gedanken machte, die naturgemäß auch über die Routine der täglichen Arbeit hinausgingen. Der Prozeß einer Bewußtseinsspaltung hatte eingesetzt, bei dem einen weniger, bei dem anderen mehr, bei dem einen zeitiger, bei dem anderen später.

Aus dem folgenden wird klar, was damit gemeint ist. Es war immer wieder verblüffend zu sehen, welches Beharrungsvermögen eine im vollen Lauf befindliche große Organisation aufbringt und beinahe automatisch erledigt, was der Alltag erfordert, während das Unterbewußtsein schon ganz anderen Gedanken nachgeht, Gedanken, die von Tag zu Tag, von Woche zu Woche und Monat zu Monat immer mehr an die Oberfläche drängen.

Speer glaubte noch immer, sich gegen die Forderung der Freigabe von Arbeitskräften der Rüstung an das Heer wehren zu müssen. Produktionsstörungen durch stockenden Zufluß an Material und Produktionshemmungen durch die Transportlage begannen, Arbeitskräfte freizusetzen, ohne daß irgend jemand es befohlen hatte. Im Protokoll der Amtschefsitzung vom 9.8.1944 heißt es verblüffenderweise:

"Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister regelt Speer die Bearbeitung von Vorschlägen der Landeswirtschaftsämter zur Ernennung von Wehrwirtschaftsführern aus dem Bereich der von ihm verantwortlich geführten kriegswirtschaftlichen Produktionen."(!)

Das Leben ging weiter; auch das bürokratische. Wer wollte wohl zu diesem Zeitpunkt noch "Wehrwirtschaftsführer" werden! Ich blättere weiter in der Speer-Chronik:

"Speer bei der Sitzung des Hauptausschusses Waffen:
'Zum Schluß, so sagt der Minister, bitte ich Sie, daß von Ihnen eine Welle des Optimismus ausgeht. Gewiß sind die Ereignisse an den Fronten für uns zum Teil bedrückend....."

Auf der folgenden Seite wird der sich unverwüstlich gebärdende Saur zitiert:

"Selbst wenn wir geglaubt haben, schon jetzt deutlich Großes und Anerkennungswertes geleistet zu haben, so ist das für uns die harte Verpflichtung, noch mehr und noch Besseres und noch rascher das zu erfüllen, was der Führer von uns verlangt, um dem deutschen Volk und uns allen den Endsieg endgültig sicherzustellen."

Das war weit mehr als Pflichtübung, das war neurotische Euphorie!

Dazwischen finden sich aber, manchmal am gleichen Tage, in der Chronik Notizen wie diese:

"Der Minister erhält beim Vortrag beim Führer die Ermächtigung, den Ausbau der Industrie, soweit er nicht in neun Monaten beendet ist, stillzulegen zugunsten der laufenden Fertigung."

Doch wohl ein deutlicher Hinweis darauf, daß danach alles zwecklos ist!

Und in dieser Lage entstanden noch Gedanken wie die:

"Die Aufgabengebiete zwischen Rüstungslieferungsamt (Schieber), dem Technischen Amt (Saur) und dem Rohstoffamt (Kehrl) zu verschieben. Die Chemie soll von Kehrl zu Schieber kommen, um diesen für die Abgabe anderer Bereiche an Saur zu entschädigen."

Ich hörte mehr am Rande von diesen Absichten und arrangierte, daß mein sehr fähiger Amtsgruppenchef Chemie, Dr. Kolb, über die Fragen der Chemie erstma-

lig persönlich beim Minister und Milch Vortrag gehalten hatte. Alle Einbrüche auf dem Gebiet der Chemie in den letzten Wochen und ihr Ausbügeln wurden erörtert. Speer und Milch waren beeindruckt von dem präzisen, ideenreichen Referat und von der energischen Persönlichkeit Kolbs. Die Chemie schien in guten Händen zu sein. Die Umorganisationspläne waren insoweit vom Tisch.

Laut Chronik sollte auch die Eisenverteilung für das vierte Quartal 1944 im "engsten Kreise besprochen werden."

"Die Zentrale Planung soll damit nicht befaßt werden. Die Zahlen über die mögliche Produktion im vierten Quartal sind zu schlecht, als daß sie zur Kenntnis eines größeren Kreises (!) kommen sollen." (Es waren nur noch ganz wenige hochgestellte!)

Und weiter:

"Mit Goebbels als 'Beauftragten für den totalen Kriegseinsatz' und den Gauleitern wird über Einziehungen aus der Rüstung zur Wehrmacht und bald auch zu Schanzarbeiten und Volkssturm in der Zentrale leidenschaftlich gestritten."

Aber wir wissen nicht, ob die Leute unentbehrlich sind, und die anderen wissen nicht, ob sie wirklich bei Schanzarbeiten und Volkssturm gebraucht werden. Neurotische Hektik überall.

Daneben gibt es offenbar auch Oasen völliger Unberührtheit:

"Hayler und Ohlendorf vom RWM wollten mit Unterstützung der Parteikanzlei die Mittelinstanz zusammenfassen und sich diese unterstellen! Speers Leute sind strikt dagegen. Über die eigenartige Doppelunterstellung des Heereswaffenamtes unter dem Chef H. Rüst, jetzt Himmler, und Speer wird nach langer Waffenruhe, die mit Generaloberst Fromm vereinbart war, erneut gestritten."

Das Leben geht weiter, auch das bürokratische, als ob nichts geschehen wäre. Jeder kämpft an seiner "Front". Die Nachrichten von einer der beiden wirklichen Fronten, der Westfront, waren im August und September erschütternd genug.

Am 20. August erreichten die Amerikaner die Seine beiderseits von Paris, das nach den Befehlen Hitlers vor der Räumung völlig zerstört werden sollte. Am 19. August hatten sich Kräfte der Widerstandsbewegung in Paris erhoben, als das Herannahmen der amerikanischen Panzer erwartet wurde. Entgegen dem Führerbefehl hatte General von Choltitz, der Stadtkommandant von Paris, auf eigene Verantwortung den aussichtslosen Widerstand aufgegeben und die vorgesehenen Zerstörungsmaßnahmen verboten und Paris zur freien Stadt erklärt. Die ganz geringen Kräfte des Heeres und der Polizei, die in Paris stationiert waren, sollten die Stadt verlassen, ebenso alle deutschen Dienststellen, insbesondere die des Militärbefehlshabers in Frankreich. Einer unserer Leute aus dem Stabe des Militärbefehlshabers schilderte mir wenige Tage später das bewegende Schauspiel kurz vor dem bevorstehenden Eindringen der Alliierten in die Stadt.

Eine geschlossene Fahrzeugkolonne aller Angehörigen der Dienststellen des Militärbefehlshabers zog aus Paris ab. In dichten Reihen stand die Bevölkerung in den Straßen, durch die sich der motorisierte Zug bewegte oder voraussichtlich bewegen würde. Es herrschte tiefes Schweigen. Kein Zuruf, fast kein Laut kam aus den Reihen der Pariser Bevölkerung, noch nicht einmal von seiten der Widerstandsbewegung, die bis dahin in Paris auch kaum eine sehr aktive Rolle gespielt hatte. Keine Belästigung! In Anerkennung der Haltung des Generals von Choltitz gewährte die Bevölkerung von Paris spontan dem Militärbefehlshaber freies Geleit. Wenige Tage später war Paris ein Hexenkessel der Verfolgung der Franzosen, die aus Pflichterfüllung oder Gewissenszwang schwere Bürde auf sich geladen hatten, um in einem besetzten Gebiet — ohne Führung und Macht — das Zusammenleben mit der Besatzungsmacht für Bevölkerung und Wirtschaft erträglich zu gestalten. Ohne eine Spur von Anbiederei, mit nie erlahmender menschlicher Würde und größter Geschicklichkeit hatten viele die Interessen ihrer Bevölkerung und ihrer Wirtschaft bis zu dem Tag der Befreiung verfochten, den herbeizuführen nicht in ihrer Macht gelegen hatte. Jetzt wurden sie als Kollaborateure verfolgt. Es bedurfte längerer und ruhigerer Zeiten, ehe ihnen in gewissem Maße Gerechtigkeit widerfuhr, sofern sie diesen Zeitpunkt erlebten und nicht zu den Tausenden gehörten, die damals umkamen.

Beim Herannahen der Front hatte Hitler außer der Zerstörung von Paris auch für die Wirtschaft des gesamten Westens einen Befehl der "verbrannten Erde" gegeben. Bergwerksgruben sollten gesprengt werden oder man sollte die Schächte durch Abstellen der Pumpwerke ersaufen lassen. Die eisenschaffende Industrie, die Großchemie, alles, was von wirtschaftlichem Wert wäre, sollte gesprengt werden. Über diese Situation hatte Speer mit mir etwa Mitte August gesprochen, und wir waren uns sofort einig, daß weder wir uns dazu hergeben noch andere in Versuchung bringen wollten, diese Befehle auszuführen. Speer wollte sich bei diesem Anlaß auf eine Diskussion mit mir darüber, ob Hitler im medizinischen Sinne noch Herr seiner Entschlüsse und Weisungen sei, nicht einlassen. Die später gewonnenen Erkenntnisse bestätigten eindeutig, daß das nicht der Fall war. Aber er sagte voller Empörung: "Schließlich sind wir doch keine Hunnen." Wir waren uns einig: Das wollten wir nicht auf uns laden, weder für Frankreich noch für Belgien und schon gar nicht für unser Heimatgebiet. Speer wolle aber die Befehle auch nicht ausdrücklich ablehnen. Abgesehen von der Gefahr, die damit möglicherweise verbunden gewesen wäre, hätten vielleicht andere Persönlichkeiten oder Formationen die gleiche Weisung erhalten und womöglich ausgeführt. Der Führerbefehl sollte daher unterlaufen werden durch Weisungen, daß

die Betriebe bis zum allerletzten Augenblick aufrechterhalten bleiben und arbeiten müßten, da wir keine Tonne Kohle und keine Tonne Stahl und keine sonstige Produktion entbehren könnten. Es sollten nur sogenannte "Lähmungsvorbereitungen" getroffen werden, die darin bestanden, daß im letzten Augenblick durch Entfernung von Aggregaten, die zum Gesamtbetrieb wichtig waren, ein sofortiges Wiederbetreiben der Werke hinter der Front für die kämpfende Truppe der Alliierten nicht möglich wäre. Als Vorwand wurde, wie dann auch später für die westlichen Gebiete des Reiches selbst, von uns angeführt, daß bei einer Wiedereroberung dieser Gebiete uns diese Produktionen sofort wieder nutzbar gemacht werden könnten.

Meine Gesprächspartner bei den verschiedensten Stäben unserer Dienststellen in Paris und Brüssel sowie Den Haag wurden durch mich mündlich von dieser unserer Auffassung unterrichtet. Sie wurde von allen geteilt. Zwar hatten die militärischen Befehlshaber die gleichen Zerstörungsbefehle erhalten wie wir. Aber sie hatten Wichtigeres zu tun als zu zerstören. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Ereignisse überschlugen, machte es möglich, daß im großen und ganzen nach unserer Devise verfahren wurde. Das französische und belgische Industriegebiet fiel fast unbeschädigt in die Hände der Alliierten, soweit nicht an örtlichen Schwerpunkten der Industriestädte Kampfhandlungen stattfanden. Eine Ausnahme machen später Teilgebiete der Niederlande infolge der Alliiertenluftlandung bei Arnheim und Nijmwegen Mitte September. Da diese Aktion militärisch nur zum Teil erfolgreich war, entwickelten sich in diesem Raum schwere Kämpfe, die von Mitte September bis Mitte November 1944 andauerten. Erst im November gelang es den Alliierten, die Scheldemündung freizukämpfen.

Das kaleidoskopartige Bild, das einige Kurzzitate aus den Tagebuchnotizen des Chronisten der Speer-Chronik geben, beleuchtet natürlich nur einen ganz kleinen Teil des Geschehens in unserem Ministerium und unserer Arbeit zur damaligen Zeit. Es wurde weiter gearbeitet, als ob sich draußen und an den Fronten nichts geändert hätte. Aber die Fronten kamen näher und die Luftangriffe wurden häufiger, die Zerstörungen größer, der Verkehr schleppender, Treibstoffe wurden knapper, die Kohleproduktion und die Stahlproduktion gingen zurück. Und doch wurden wesentlich mehr Rüstungsgüter erzeugt als in den Jahren 1940, 1941, 1942, 1943, als wir noch im Vollbesitz unserer wirtschaftlichen Kraft waren!

Trotz aller quälenden Schwierigkeiten des Alltags waren die Bremswirkungen am Schwungrad der Wirtschaft noch nicht in dem Umfang wahrnehmbar, wie man hätte erwarten können. Auch Dr. Wagenführ in meinem Amt lieferte, als sei nichts geschehen, die Schnellberichte für Rüstung und Kriegsproduktion jeweils umgestellt auf den verringerten Raum weiter, und noch am 20. Februar 1945 lagen die Zahlen für den Januar 1945 fast komplett vor mir. Ich war mir allerdings klar darüber, daß gerade bei den Zahlen der Rüstungsendfertigung diese die tatsächliche Wirtschaftskraft nicht richtig wiedergaben. Wir lebten zum Teil von dem, was in den ersten vier bis fünf Monaten dieses Jahres unter günstigeren Verhältnissen produziert worden war und zum Teil erst jetzt seiner Komplettierung entgegenging.



Der Weg in sowjetische Gefangenschaft wurde für mehr als eine Million deutscher Soldaten zum letzten Gang

Das Zusammendrängen der Fronten auf das eigentliche Reichsgebiet änderte auch die Bedürfnisse der Truppe in mannigfaltiger Hinsicht. Die Behinderungen der Mobilität durch Treibstoffmangel führten zu einer Verstärkung der Ausrüstung der Infanteristen mit Nahkampfwaffen. Die sogenannte Panzerfaust hatte sich im Nahkampf zur Panzerabwehr außerordentlich bewährt, und es wurde aus einer anfänglich kleinen Produktion eine Riesenproduktion noch spät im Jahre aus dem Boden gestampft. Diese Waffe hatte ja den Vorzug, daß sie wenig material- und arbeitsintensiv war. Im Monat November wurden nicht weniger als etwa eine Million Stück Panzerfäuste einsatzbereit abgeliefert.

Nach der Betäubung durch den Dammbruch im Mai/Juni 1944 hatte ich mich auf die veränderten Funktionen einzustellen, die es bei der veränderten Lage auszuüben galt. Die dem Rohstoffamt unterstehenden Industriegruppen stellten die Hauptgefahrenzone dar. Solange die Produktion einwandfrei lief, also etwa bis Mai 1944, hatte ich wenig Veranlassung, mich intensiv und häufig um diesen Sektor zu kümmern. Denn die Amtsgruppenchefs, die die eigentlichen Befehlsstellen leiteten, waren mit Kolb für Chemie, mit Dr. Fischer für den Mineralölsektor, Oberregierungsrat Sennekamp für die Metalle erstklassig besetzt. Mein treuer Dr. Stoltze sorgte für die Koordinierung dieser und der übrigen drei Gruppen des Rohstoffamtes, aber auch dafür, daß sie zum Chef gingen, wenn wichtige Entscheidungen anstanden. Stoltze sorgte auch dafür, daß ich immer wieder die wichtigsten fliegergeschädigten Betriebe meines Verantwortungsbereiches besuchte, wenn es auch noch so schwer war, sich von der Kommandostelle in Berlin loszureißen. So fuhren wir zusammen ins Ruhrgebiet zu Stickstoff-, Buna- und Treibstoffwerken. Gerade in den Zeiten einer überraschenden und unverständlichen Erstarrung der Kämpfe und Fronten an der Rheinlinie waren wir beim IG-Werk Leverkusen, das eigentlich in der Frontlinie lag, ohne daß schwere Beschädigungen aufgetreten waren, oder in Ludwigshafen und Oppau, deren Stickstoffanlage noch immer lief. Für das, was uns bevorstand, war Stoltze auch gerade der richtige Mann. Auf ihn konnte ich mich verlassen, auch im Angesicht des Untergangs.

Unter dem 21. August verzeichnet die Speer-Chronik:

"Mit Präsident Kehrl hatte der Minister eine längere Unterhaltung über die Arbeitsweise des Planungsamtes, das leicht ein zu selbständiges Leben führt. Dagegen fühlte sich Kehrl persönlich schlecht behandelt, da er weniger oft als früher zum Vortrag beim Minister gelangt."

Diese Notiz gibt den Kern der Unterhaltung, die unter vier Augen stattfand, sehr unvollkommen und auch unrichtig wieder. Das Gespräch mit mir beruhte zum Teil auf Beschwerden meiner Amtschefkollegen. Der Kern unserer Aussprache enthüllte auch in plastischer Form die Tatsache, daß die Kriegsentwicklung immer mehr und mehr zur Folge hatte, daß eine zentrale, straffe Leitung erst fachlich und später auch regional einfach gar nicht mehr möglich war. Es ging nicht mehr um prinzipielle Fragen, es ging nicht mehr um rangordnende Entscheidungen. Es ging darum, für jede Notlage eine angemessene und noch durchführbare Lösung zu finden. Meist handelte es sich natürlich darum, daß Kohle, Energie, Stahl Buna und zahllose andere Rohstoffe im Aufkommen hinter den Planungen zurückblieben, aber auch daß Zuteilungen infolge von Zerstörungen nicht im erwarteten Umfang benötigt wurden. Fortdauernde Umverteilungen, meist Kürzungen, waren die Konsequenz.

Was als selbständiges Leben des Planungsamtes bezeichnet wurde, bestand darin, wie ich ganz offen zugab, daß ich bei der Zahl der Entscheidungen, die täglich getroffen werden mußten, unmöglich jeweils Fühlung mit anderen Ämtern oder Amtschefs aufnehmen konnte, die von den Entscheidungen betroffen waren. Dazu fehlte einfach mir und ihnen Arbeitszeit und Arbeitskraft. Ebensowenig aber war es mir möglich, diese vielen Entscheidungen, auch wenn sie von weittragender Bedeutung wären, Speer zur Entscheidung vorzulegen. Auch dazu gab es weder Zeit noch Gelegenheit. Speer war viel zu selten im Ministerium anwesend, und die einzelnen Sachgebiete waren so kompliziert, daß sachlich nur Schaden entstehen konnte, wenn ein Dritter, weniger orientierter, als ich es zwangsweise durch die Pflichten meines Amtes war, in Einzelentscheidungen hineinregierte, die alle doch in gewissem Zusammenhang standen und Wirkungen auf anderen Gebieten auslösten, die bei Kurzvorträgen nicht klargemacht werden konnten. Ich bat daher Speer um sein Einverständnis, ihm nur Entscheidungen vorzulegen, die ich nicht allein verantworten wollte. Speer bemerkte darauf, daß anscheinend meine Verantwortungsfreudigkeit so groß sei, daß dieser Fall allzu selten eintreten würde. Jedenfalls ergäbe sich das aus der Handhabung in den letzten Wochen und Monaten.

Speer beharrte, sachlich mit Recht, darauf, daß es doch nicht angängig sei, daß von mir laufend Entscheidungen getroffen würden, die in ihrer Auswirkung den betroffenen Ämtern und Amtschefs — wenn überhaupt — erst sehr viel später zum Bewußtsein kämen, meist, wenn nichts mehr zu ändern wäre. Meine Erwiderung:

"Prinzipiell ist das einleuchtend. Ändern läßt sich an der Tatsache aber nichts. Natürlich übersehen Saur und Schieber ihren Bereich bis in Einzelheiten viel besser als ich. Aber sie sind beide viel zu dynamisch und subjektiv, als daß objektive Erwägungen und gemeinsame Entscheidungen mit ihnen möglich wären. Ihre Meinung kenne ich immer schon von vornherein. Wenn ihr Sektor aus der allgemeinen Lage heraus an irgendeiner Kürzung partizipieren soll, so werden sie sich aufs

heftigste dagegen wehren und sich auch weigern, Gründe zur Kenntnis zu nehmen, die Auswirkungen außerhalb ihres Arbeitsbereiches betreffen. Für richtige Entscheidungen in mehreren Bereichen ist nun einmal ein Gesamtüberblick notwendig, den sie nicht haben. Jeden Morgen erhalte ich aber die gesamte Palette der Bombenschäden in allen Amtsbereichen. Mein Gesamtüberblick ist so vollständig, wie das unter den obwaltenden Verhältnissen nur möglich ist."

Ich legte Speer nahe, jetzt in dieser Lage Schwerpunkte zu bilden, die häufige Reisen, Abwesenheit, Konsultationen auf anderen Ebenen erforderten. Das tägliche Hängen und Würgen sollte er mir überlassen. Die Zeit grundsätzlicher, in die Zukunft wirkender Entscheidungen war in bezug auf die Kriegswirtschaft zu Ende. Die Weichen waren gestellt. Mehr als durch Umleitungen zu viele Entgleisungen und Zusammenstöße verhindern zu versuchen, konnten wir jetzt nicht mehr tun.

Speer vertiefte diese Gedanken, und wir waren übereinstimmend der Meinung, daß die in ihren regionalen Auswirkungen unübersehbaren Konsequenzen der laufenden Luftangriffe und das Näherrücken der Fronten dazu führte, daß Teile des Reichsgebietes "rückwärtiges Heeresgebiet" würden. Das würde es unmöglich machen, die Wirtschaft des Reichsgebietes als etwas Einheitliches, von zentraler Stelle zu Lenkendes zu behandeln. Schon durch die lückenhafte Nachrichtenübermittlung würde Berlin als Befehlszentrale auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten sein. Das müßte zu einem Befehls- oder Weisungsvakuum führen. Entscheidungen und Handlungen, soweit sie die Kriegswirtschaft betrafen, würden regional und fachlich immer weiter nach unten rücken müssen. Ich betrachtete es daher als meine Aufgabe, die Motive von Einzelentscheidungen gegenüber meinen Mitarbeitern so zu begründen, daß sie dann auch automatisch an gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge dächten, wenn Weisungen von mir nicht greifbar wären.

Soweit bestand zwischen uns volle Übereinstimmung. Dann fragte mich Speer, ob das von mir immer wieder benutzte Wort "Kriegswirtschaft" eine Abgrenzung gegenüber "Friedenswirtschaft" bedeute. "Bedeutet das eine Ausdehnung von Überlegungen über das Kriegsende hinaus?" Aufgrund von Speers wiederholten Äußerungen in Amtschefsitzungen, daß wir uns auf unsere eigene augenblickliche Arbeit konzentrieren sollten, zögerte ich etwas, Farbe zu bekennen, weil ich nicht wußte, wieweit meine Ideen, die die weitere Zukunft betrafen, seine Zustimmung finden würden. Ich sagte daher vorsichtig, daß doch wohl jeder an leitender Stelle und also auch wir beide uns Gedanken machen müßten über "die Zeit danach". Wir wenigstens müßten versuchen, das Undenkbare zu denken und zu prüfen, ob wir irgend etwas tun könnten, um den Übergang in das Niemandsland der Geschichte nach dem Tage X zu erleichtern. Speer nickte lebhaft und ermutigte mich weiterzusprechen. Bei aller Vorsicht von beiden Seiten bei der Wahl unserer Worte zeigte sich sehr schnell vollkommene Übereinstimmung darin, daß wir nichts tun und nichts zulassen dürften, was das Weiterleben unseres Volkes und unserer Industrie als Lebensbasis des Volkes über die Feindwirkung hinaus schädigte. Wir müßten vielmehr alles ins Werk setzen, was den Übergang erleichterte und die Zukunftsmöglichkeiten verbesserte. Ich hatte mich in der Wortwahl vorsichtig ausgedrückt, da ich zu beidem fest entschlossen war und mich auch von Speer nicht behindern lassen wollte. Aber meine Besorgnis war unbegründet. Es war offenbar, daß Speer sich mit diesen Gedanken schon eingehend beschäftigt hatte und daß er zu den gleichen Schlüssen gekommen war. Es war gut, dies zu wissen. Der Ausgangspunkt des Gesprächs hatte sich durch die Aussprache von selbst erledigt.

Die Chronik notiert am 18. Oktober:

"Amtschefsitzung mit dem Minister (siehe Protokoll). Der Minister ordnet an, daß eine laufende Unterrichtung der Rüstungskommissionsvorsitzer und Gauleiter über die Produktionsvoraussetzungen durch das Planungsamt erfolgt."

Der erste Bericht des Planungsamtes ging am 12.11. 1944 als Informationsdienst hinaus. An den wichtigsten Stellen des Fernsprechnetzes wurden Fernmeldespezialisten des Reichspostministeriums eingesetzt und ein umfangreicher Kurierdienst eingerichtet.

Wir, oder doch die meisten von uns, wußten, daß nur ein Wunder das Schlimmste verhüten konnte, und es war fast unmöglich, an Wunder zu glauben. Ich war erfüllt von dem Gefühl der Ohnmacht, an dem Lauf der Dinge kaum etwas ändern zu können. Wir standen mit dem Rücken gegen die Wand und hatten keine Alternative. Wir mußten ausharren auf dem Posten, auf dem wir standen, bis zum bitteren Ende. Die meisten hatten in ihrem Pflichtenkreis noch nicht einmal die Möglichkeit, etwas ins Gewicht Fallendes zu tun, um den Übergang für unser Volk erträglicher zu gestalten und Grundlagen für eine Nachkriegsexistenz zu erhalten oder gar zu schaffen. Ich sah für mich diese Möglichkeit in bescheidenem Rahmen und wollte sie nutzen.



Vertrieben aus ostdeutscher Heimat

Das Volk muß weiterleben

Die Bildung des Volkssturmes ab Ende 1944, der "den unerbittlichen Kampf überall dort, wo der Feind den deutschen Boden betreten will, für alle waffenfähigen deutschen Männer" proklamierte, löste gleichzeitig eine Welle der Hysterie aus. Die Parole hieß: "Sieg oder Untergang!" Zweifel am sogenannten Endsieg war Defätismus. Defätismus war Landesverrat oder "Wehrkraftzersetzung" und damit todeswürdig. Es sollte nicht erlaubt sein, an etwas anderes als Kampf zu denken und für etwas anderes zu arbeiten. Doch der einzelne kann freiwillig den Untergang wählen. Ein ganzes Volk kann und darf es nicht. Wollte man einen Beitrag dazu leisten, ihm eine Nachkriegsexistenz zu erleichtern und dafür zu arbeiten, so mußte man vorsichtig zu Werke gehen oder glaubhaft kriegsmäßig begründen, was für die Nachkriegsexistenz geschehen mußte und konnte.

In meinen beiden Ämtern gaben wir daher auch weiter in der qualvollen Tagesarbeit "dem Kriege, was des Krieges ist". Umso mehr mußte ich selbst mit meinen vertrautesten Mitarbeitern Gedanken und Kraft den Maßnahmen zuwenden, die dem Überleben und der Nachkriegsexistenz unseres Volkes dienen konnten.

Im November 1944 hatte mir Speer verabredungsgemäß nach Auflösung des Rüstungslieferungsamtes den Sektor Kampf- und Sprengstoff unterstellt mit der Bitte, mich gleich darum zu "kümmern". Die bisherigen Mitarbeiter des Rüstungsamtes traten zu meiner Amtsgruppe Chemie über. Der Leiter des Hauptausschusses Kampf- und Sprengstoffe, Herr Sarrazin, kam mit seinen wichtigsten Mitarbeitern kurz nach der Umorganisation zu mir und bat um Richtlinien für die weitere Arbeit. In diesem Endstadium des Krieges hielt ich es für sinnlos, mich in Einzelheiten der Arbeit auf diesem Sektor einzuschalten. Nur über das Problem Giftgas wollte ich unterrichtet werden. Es gab zwei Probleme: Auf unserer Seite waren in den letzten Jahren zwei außerordentlich gefährliche Nervengase unter dem Namen "Tabun" und "Sarin" entwickelt worden und einsatzbereit.

In Schlesien waren an der Oder zwei Erzeugungsanlagen für Tabun und Sarin in Betrieb gekommen. Es mußte möglichst sofort entschieden werden, was mit den Werken geschehen sollte. Weite Teile des Generalgouvernements waren zu diesem Zeitpunkt bereits in die Kriegshandlungen einbezogen, und man mußte damit rechnen, daß sich bei einer neuen Offensive der

Russen die Front sehr schnell der Oder nähern würde. Was sollte geschehen? Ich erteilte sofort die Weisung, wegen der näherkommenden Front die Produktion, die schon durch Chemikalien-Nachschubschwierigkeiten behindert war, unverzüglich einzustellen und alle Vorbereitungen für eine Sprengung zu treffen. Diese mußte so gründlich sein, daß die Russen nicht mehr feststellen konnten, was hier überhaupt gefertigt wurde. Die Sprengung selbst sollte ausgelöst werden, sobald die Russen ihre Offensivbewegung wieder aufnahmen, so konnte bei weiter Auslegung der bestehenden Vorschriften jedes besondere Aufsehen vermieden werden. Das zweite Problem: Die Herren wollten von mir wissen, wer berechtigt und gewillt war, dem Hauptausschuß Weisungen über die übrige laufende Giftgasproduktion und die Giftgasverfüllung in Bomben und Munition zu erteilen. Ich erklärte mich für autorisiert und bereit, präzise Weisungen zu erteilen und bat um kurze Unterrichtung über die Lage.

Es ergab sich, daß wohl keine der beiden Seiten zu irgendeinem Zeitpunkt dieses Krieges ernsthaft beabsichtigt hatte, Giftgas einzusetzen. Beide glaubten aber, sich für den Fall, daß die andere Seite Giftgas einsetzte, vorbereiten zu müssen. Es waren auch laufend während der letzten Jahre Munition und Bomben mit Giftgas gefüllt worden, und es hatten sich daher im Laufe der Jahre beträchtliche Mengen angesammelt, die unterirdisch gelagert wurden. Irgendwelche Hinweise von seiten Schiebers oder der Wehrmacht, daß man sich auf einen Einsatz vorbereiten sollte, waren jedoch nicht ergangen.

Im September 1944 wurde ich erstmalig mit Giftgasschutzmaßnahmen befaßt. Dr. Karl Brandt, bis Sommer 1944 Begleitarzt Hitlers und oberster Chef des Sanitätswesens, war von Hitler zum Bevollmächtigten für Giftgasschutz bestellt worden. Er legte mir ein umfassendes, sehr ins einzelne gehende Programm für eine stark erhöhte Produktion an Gasmasken vor, da die gesamte Bevölkerung geschützt werden sollte. Zusätzlich waren erstaunlich hohe Beschaffungen vorgesehen für Bettenschutz in Lazaretten und Krankenhäusern, sowie komplizierte besondere zeltartige Sondereinrichtungen zum Schutze von Kleinkindern bis zu einem Alter, in dem sie Gasmasken tragen könnten. Die nötigen Rohstoffkontingente konnten — wegen des geringen Gewichts — unschwer freigemacht und auch Anfertigungskapazitäten für ein Programm nachgewiesen werden, das etwa sechs Monate mit Hochdruck laufen sollte. Zur Begründung des Programms gab Brandt an, daß die Bevölkerung für alle Fälle nicht ungeschützt bleiben sollte, wenn der Krieg sich den Reichsgrenzen nähere oder auf das Reichsgebiet übergreife.

Ich wies zunächst darauf hin, man dürfe aus der Tatsache, daß in der Vergangenheit keine Absichten auf Einsatz von Giftgas erkennbar geworden seien, nicht ohne weiteres darauf schließen, daß das auch für das Endstadium des Krieges gelten müsse. Ein selbstmörderischer Einsatz im Inferno des Schlußkampfes könnte nicht ausgeschlossen werden. Das mußte aber unter allen Umständen verhindert werden. Ich verbot daher strikt, irgendwelche Stellen außerhalb unseres Kreises in diese Überlegungen einzubeziehen oder auch nur Rückfragen zu stellen. Sonst würden möglicherweise schlafende Hunde geweckt.

Meine Meinung lautete: Die ganze Giftgasangelegenheit muß so schnell wie möglich sang- und klanglos liquidiert werden. Giftgaserzeugungsstätten sollten daher sofort die Produktion einstellen. Bei etwaigen Rückfragen, woher auch immer, sollte als Begründung angegeben werden, daß verkehrs- und energiemäßig sowie chemikalienmäßig die Produktionsvoraussetzungen eben nicht mehr gegeben seien. Ich ließ mich dann wegen meiner völligen Unkenntnis der Materie darüber unterrichten, ob — laienhaft ausgedrückt — eine Umfüllung von Giftgasmunition auf normale Munition möglich wäre. Es erwies sich, daß eine "Delaborierung", wie das genannt wurde, in größerem Umfange durchführbar war. Ich wies darauf hin, daß die Anforderungen der Wehrmacht in bezug auf "Hüllen" für die Munition gegenwärtig nicht annähernd zu befriedigen seien. Ich könnte es daher nicht verantworten, Bestände an Hüllen, die falsch gefüllt wären, ungenutzt zu lassen. Wir verabredeten daher, daß alle in Frage kommenden Munis, Ausschüsse und Dienststellen die "Delaborierung" und Neufüllung sofort aufzunehmen hätten, um so möglicherweise große Mengen von normaler Munition zu erhalten. Dies sollten sie als offizielle Weisung ansehen, die ich im Namen und in Vollmacht von Minister Speer erteilte. Ich würde den Minister selbst unterrichten. Wir könnten uns im übrigen bei diesem Vorgehen auf einen Führererlaß berufen; die Produktion gewisser Munitionsarten "mit allen Mitteln" zu steigern, und die Umfüllung wäre ja ein solches "Mittel". Da — wie schon erwähnt — unnötiges Aufsehen vermieden werden sollte, wollte ich von schriftlichen Weisungen absehen, die erfahrungsgemäß in zu viele Hände kommen. Ich war aber bereit, im Einzelfalle auf Wunsch eine entsprechende schriftliche Weisung an mir aufgegebene Einzelpersonen auszustellen, damit über die Verantwortlichkeit in dieser Sache Klarheit bestand. Die Herren verließen mich sehr erleichtert. Beide Aktionen gingen über die Bühne, ohne Aufsehen zu erregen.

Im Rahmen der Maßnahmen beim Rückzug aus dem besetzten Westgebiet angesichts des Anbrandens der Fronten an das Reichsgebiet gewann alles, was mit dem Stichwort "verbrannte Erde" ausgedrückt wurde, hinsichtlich der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeiten über Sprengstoff erhöhte Bedeutung. Die überall in Zwischenlägern deponierten Bestände mußten so ge-

sichert werden, daß sie außerhalb der Reichweite befehlstreuer Nihilisten blieben. Aus Verkehrs- und Risikoverteilungsgründen waren die Bestände bisher weit verteilt gelagert. Das war jetzt zu gefährlich. Ich veranlaßte daher, daß die Zwischenläger nicht mehr automatisch aufgefüllt wurden. Unsere Aufmerksamkeit mußte vornehmlich den Steinkohlengruben zugewandt werden, weil jedermann im Ruhrgebiet wußte, daß die Gruben für ihren Betrieb regelmäßig Sprengstoff benötigten und daher auch lagerten. Pleiger, der Leiter der Reichsvereinigung Kohle, war an der von Speer inaugurierten Aktion gegen eine sinnlose Zerstörung aktiv beteiligt. Ich verabredete mit ihm, zunächst einmal weitere Belieferungen der Gruben mit Sprengstoff zu stoppen, bis der Bestand ein Minimum erreicht hatte. Anstelle dieser unübersichtlichen, viel zu zahlreichen Depots wollten wir nun von den Sprengstofferzeugern durch bewaffneten Werkschutz gesicherte und unter strengem Verschluß gehaltene Zwischenläger errichten. Von dort aus sollten den Gruben bei dringendem Bedarf schnell die nötigen Mengen geliefert werden. So gesteuert, konnte Sprengstoff kaum in unrechte Hände kommen.

Mit allen dem Rohstoffamt zugeordneten Industriesparten und Hauptausschüssen besprach ich die Möglichkeiten, die sinnlose Zerstörung von Industriewerken narrensicher zu verhindern und verpflichtete sie, ihrerseits mit allen Ausschuß- und Unterausschußleitern diese Frage persönlich klarzustellen. Eine so wichtige Sache durfte nicht dem Zufall, Einzelentscheidungen oder menschlicher Unzulänglichkeit überlassen werden. Ich hatte schon immer der Wirksamkeit genereller Weisungen von höchster Hand sehr mißtraut. Jetzt dürften wir keineswegs riskieren, daß durch Befehle oder Eingreifen von Außenstehenden — möge es sich um Partei, Wehrmacht, Polizei oder wen immer handeln — diese wichtige Angelegenheit manipuliert oder beeinflußt wurde. Meine generelle Weisung war daher, bei Unternehmungen, die dem Rohstoffamt unterstanden, keine Sprengungen und keine Zerstörungen vorzunehmen, ganz gleich, was von dritter Seite regional angeordnet wurde. Alle für die Produktion verantwortlichen Leiter von Organisationen, die dem Rohstoffamt zugeordnet waren, sollten die Verantwortung dafür tragen, daß alle wichtigen Persönlichkeiten und die einzelnen Unternehmen und Betriebe selbst über diese Richtlinie eindeutig und unwiderruflich “von Mund zu Mund” unterrrichtet wurden. Hierbei konnte sich jeder Unternehmer und Betriebsleiter auf Weisungen des Ministeriums berufen. Für den Fall, daß Schwierigkeiten mit unberufenen regionalen Dienststellen — sei es aus dem militärischen, sei es dem zivilen Bereich — entstehen sollten, war das Rohstoffamt sofort zu informieren, um eingreifen zu können. Zu meiner Genugtuung kann ich sagen, daß ich bei allen Persönlichkeiten unseres Bereiches auf volles Verständnis und auf engagierte Mitarbeit stieß. Zuwiderhandlungen gegen diese Weisung aus meinem Bereich in der damaligen Zeit sind mir nicht zur Kenntnis gekommen.

Ende November 1944 suchte mich eines Abends Backe auf, um mit mir über die Lebensmittelverteilung zu sprechen, die ihm große Sorge machte. Im Vordergrund aller seiner Überlegungen stand das Problem Berlin. Backe nannte mir die Zahlen des Lebensmittelverbrauchs von Groß-Berlin, die übliche Lagerhöhe in Groß- und Einzelhandel und die notwendige wöchentliche Zufuhr. Schon die Aufrechterhaltung des Status quo war seiner Meinung nach gegenwärtig durch Verkehrsschwierigkeiten ernstlich behindert. Darüber hinaus fühlte er sich verpflichtet, die Stadt weit über das normale Maß hinaus zu bevorraten; denn es müßte damit gerechnet werden, daß Berlin über kurz oder lang in die Kampfhandlungen einbezogen würde, mindestens aber die Zufahrtswege abgeschnitten oder stark behindert würden, die eine normale, laufende Zufuhr von Lebensmitteln nach Berlin unter Umständen wochenlang ausschlösse. Die Zuführung bedeutender Lebensmittelmengen über den normalen Verbrauch hinaus erschiene ihm daher dringend erforderlich. Die nötigen Lebensmittel standen ihm dispositiv zur Verfügung. Da aber schon die Normalversorgung transportmäßig nur stockend vor sich ging, sah er keine Möglichkeit, diese gesteigerte Zufuhr verkehrsmäßig zu bewältigen. Das Verkehrsministerium wollte so weitgehende Dispositionsänderungen zu Lasten anderer Bedarfsträger, vor allem der Wehrmacht, nicht aus eigenem Ermessen treffen. Backe scheute sich aber, eine Entscheidung darüber von hoher Hand, schon gar nicht des Führers, herbeizuführen, da ihm seine Überlegungen möglicherweise als Defätismus ausgelegt und bestimmt nicht durchschlagen würden. Ich konnte Backe beruhigen. Auf Grund von Überlegungen zwischen Speer und mir sollten demnächst die Vollmachten für Verkehrsdispositionen neu geordnet und kraft der Vierjahresplanvollmacht auf mich übertragen werden. Alle entsprechenden Verfügungen waren bereits von mir ausgearbeitet. Sobald sie in Kraft traten, war es mir mit Sicherheit möglich, das Problem ohne Aufhebens in Backes Sinne zu regeln.

Zusätzlich stellte ich (ab sofort) Backe auch die Lieferung von Lastkraftwagensonderzuteilungen in Diesel für die Durchführung der Bevorratung in Aussicht.

Speer hatte sich Hitlers Einverständnis gesichert, künftig die Steuerung der “Wirtschaftstransporte” selbständig regeln zu dürfen. Ich meinerseits hatte Speer vorgeschlagen, der Einfachheit halber diese Angelegenheit aufgrund der sehr weitmaschigen Verordnungen zur Durchführung des Vierjahresplanes selbst in die Hand zu nehmen und nicht auf einen “Führerbefehl” zu gründen. Unter dem 6. Dezember 1944

unterzeichnete mir Speer eine "Anordnung über Maßnahmen zur Sicherung kriegswirtschaftlicher Transporte", die er als Generalbevollmächtigter für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan unterschrieb. Der Erlaß erging im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister und bestimmte im wesentlichen, daß für den Bereich jeder Bezirks- und Gebietsverkehrsleitung der Reichsbahn Gebietsbevollmächtigte für "Wirtschaftstransporte" zu bestellen seien. Diese sollten Mitglieder der für ihren Bereich zuständigen Verkehrsleitungen sein.

Der Erlaß bestimmte weiter, daß für die Behandlung aller Fragen der Verkehrssteuerung innerhalb des gesamten Reichsgebietes "nach den Weisungen des Planungsamtes" ein Bevollmächtigter für Wirtschaftstransporte des Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben einzusetzen war, der in dieser Eigenschaft zugleich Mitglied der Zentralen Verkehrsleitstelle beim RVM sein sollte mit der Berechtigung, den Bezirks- und Gebietsbevollmächtigten Weisungen direkt zu erteilen.

Zum Bevollmächtigten für Wirtschaftstransporte bestellte Speer auf meinen Vorschlag Dr. Rudorf, Vorstandsmitglied der Bank der Deutschen Luftfahrt. Rudorf hatte sich mir im Planungsamt schon für mehrere wichtige Sonderaufgaben zur Verfügung gestellt. Die Klarheit und Präzision seines Denkens befähigten ihn besonders für seine neue Aufgabe. Meinen langjährigen und bewährten Mitarbeiter Dr. Saager gab ich Rudorf als Vertreter bei. Rudorf erlebte und erlitt das Ende in Berlin. Als er nach langjähriger schwerer Gefangenschaft aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik zurückkehrte, wurde er alsbald in den Vorstand der Dresdner Bank berufen.



Reichspropagandaminister – ständig gelogen im Gegensatz zu seinen Gegnern? ?

Ich weihte Rudorf in das Hauptziel der Aktion ein, den Vorrang der Versorgung der Bevölkerung für jetzt und die "Zeit danach" sicherzustellen nach der Divise: "Das Leben geht vor".

Mein Erlaß war so abgefaßt, daß mit seiner Vollmacht und seiner Handhabung verkehrsmäßig praktisch alles erreicht werden konnte. Natürlich war die ursprüngliche Idee und Absicherung nach außen, daß die dringendsten Transportbedürfnisse der vom Speer-Ministerium betreuten Betriebe zum Zuge kamen. Rudorf gab ich aber die Weisung, daß in diesem Stadium des Krieges weder Wehrmacht noch Rüstung uneingeschränkten Vorrang haben dürften, sondern daß die gegenwärtige und zukünftige Versorgung der Zivilbevölkerung mindestens gleich wichtig sei, und daß vor allem gewisse Sonderaktionen auf dem Ernährungssektor (Bevorratung Berlin und Ruhrgebiet) unter allen Umständen sofort bevorzugt durchgesetzt werden sollten.

Für die zentrale oberste Steuerung des Verkehrs bestand im Reichsverkehrsministerium die sogenannte Zentral-Verkehrsleitstelle, in der schon bisher die Verkehrsbedarfsträger täglich zusammenkamen, um die Verteilung von Waggons zu besprechen, die die Reichsbahn glaubte am nächsten Tage zur Verfügung stellen zu können.

Zu dem Begriff "Wirtschaftstransporte", den wir gefunden hatten, sollte alles gehören, was nicht ausgemachter Wehrmachtsbedarf war. Die Waggons brauchten daher nur zwischen Wehrmacht, dem Eigenbedarf des RVM und Wirtschaftstransporten aufgeteilt zu werden. Es wurde nun so gearbeitet: Der Reichsverkehrsminister teilte in jeder Sitzung mit, wie viele Waggons er in den folgenden Tagen in etwa stellen konnte. Von ihnen beanspruchte bisher jeweils die Wehrmacht den Löwenanteil. Ich hielt es aber für abwegig, die notwendige Aufteilung ständig im Nahkampf mit der Wehrmacht auszutragen. Staatssekretär Ganzenmüller vom Verkehrsministerium, Backe und Riecke, Rudorf und ich hatten daher einen Ausweg gefunden, der uns dieses Streites enthob. Der Verkehrsminister sollte jeweils täglich eine geringere Waggonanzahl nennen, als er wirklich glaubte zur Verfügung stellen zu können. Hiervon würden wir dann der Wehrmacht einen angemessenen, auch ihr billig erscheinenden Anteil zusprechen und die Differenz zwischen den angegebenen Waggons und der tatsächlich möglichen Gestellung würde dann die Reserve sein, mit deren Hilfe Rudorf für uns die notwendigen

Sonderaktionen durchführen konnte. Auf diese Weise konnten Berlin und bald anschließend aus gleichen Erwägungen das Ruhrgebiet zusätzlich mit Lebensmitteln versehen werden. Beide Aktionen konnten zwar nicht in dem angestrebten, aber doch in einem ganz erheblichen Umfang durchgeführt werden, noch ehe im Februar/März das Kriegsgeschehen unmittelbar an diese beiden Bevölkerungszentren heranrückte.

Nach dem, was wir über den Morgenthau-Plan und seine Ziele gehört hatten, konnten wir nicht damit rechnen, daß von seiten der Alliierten bald nach Beendigung des Krieges für die Ernährung unseres Volkes gesorgt würde. Einfuhrmöglichkeiten würden im günstigsten Falle äußerst beschränkt vorhanden sein, und wir würden im wesentlichen neben den nicht ganz unbedeutenden Vorräten, die die Hauptvereinigungen des Reichsnährstandes mit in die Zukunft übernehmen konnten, auf die Ernte des Jahres 1945 angewiesen sein. Für diese Ernte wiederum standen drei Dinge im Vordergrund der Überlegungen: Düngemittelversorgung, Sicherstellung von Erntebindegarn für die Mähbinder und Deckung des Bedarfs an Landmaschinen, Ersatzteilen dafür, landwirtschaftliche Fahrzeuge und Landwerkzeuge aller Art.

Ich ermunterte Riecke schon im Dezember, beschleunigt ein Programm für die Landmaschinen sowie entsprechende Werkzeuge und Ersatzteile aufzustellen. Selbst ein größeres Programm konnten wir in der auslaufenden Kriegsproduktion noch mit durchziehen. Ich sagte damals zu Riecke:

> "*Bei unserer Organisation und unseren Möglichkeiten können wir jetzt mit unserer angeschlagenen Industrie in vier Wochen mehr für die Landwirtschaft der Zukunft erzeugen, als es uns nach der Kapitulation in einem halben oder ganzen Jahr möglich sein wird. Denn ob und was wir dann produzieren könnten, steht ganz dahin. Kapazitäts-, rohstoff- und arbeitseinsatzmäßig würde selbst ein größeres Programm jetzt noch immer schnell über die Bühne zu bringen sein.*"

Backe und Riecke legten mit Recht auch auf überhöhte Produktion von Ersatzteilen und Landwerkzeugen wert und ebenso auf die Aufrechterhaltung von landwirtschaftlichen Reparaturwerkstätten. Die Produktion sollte auch sofort dezentral auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgeteilt werden, da die Verbindung von der Landwirtschaft zur erzeugenden Industrie sicher für Monate, wenn nicht länger, gestört sein könnte. Mit dem Programm fingen wir um die Jahreswende an. Es wurde in den nächsten Monaten dann laufend erweitert und ergänzt. Ein Erlaß, den ich herausgab, enthielt, was alles "unter Landwerkzeugen" zu verstehen war, zum Teil Sachen, von denen ich noch nie gehört hatte. Die Landwerkzeuge, Landmaschinen und Ersatzteile wurden pauschal an festgelegte Betriebe vergeben, und der Reichsnährstand beziehungsweise das REM übernahm es, für Absatz, Verteilung und Bezahlung Sorge zu tragen.

Wir wußten damals noch nicht, daß wir noch weitere vier bis sechs Wochen Produktion in eigener Regie im größten Teil des Reichsgebietes vor uns hatten. Die Fertigung in den ausgewählten Betrieben, die mit Material bevorratet wurden, konnte sogar vielfach auch nach der Überrollung fortgesetzt werden.

Wir verfuhren pragmatisch: Wenn in den Werken für stickstoffhaltige Pulver- und Sprengstoffvorprodukte Stickstoff eingespart werden konnte oder die erzeugte Pulver- und Sprengstoffmenge den Bedarf der noch produzierbaren Artilleriehüllen überstieg, wurde automatisch der dadurch freiwerdende Stickstoff der Düngemittelproduktion zusätzlich zugeführt.

Eine zusätzliche Möglichkeit, der akuten Gefahr einer kommenden Hungersnot auf einem Spezialgebiet zu begegnen, hatte ich ab Herbst 1944 eingeleitet. Es handelte sich um die Produktion von sogenannten Wuchshefen aus Nährhefe im großindustriellen Umfange. Wuchshefen gedeihen auf Holzzucker-Sulfit-Lauge, Melasse und Molke und wachsen sehr rasch. Die Nährhefe ist außerordentlich reich an Eiweiß, an Vitamin B-Komplex, an dem gerade die zukünftige Nahrung verhältnismäßig arm sein würde, ferner an Vitamin H, an Enzymen und Phosphatiden.

Die Sulfitlaugen der meinem Rohstoffamt unterstehenden Zellstoffindustrie sollten für die Hefeproduktion die Ausgangsbasis darstellen. Die bisherige Vergärung auf Alkohol sollte insoweit von der gesamten Zellstoffindustrie auf Hefe umgestellt werden, und es wurde darüber hinaus durch eine Kommission untersucht, inwieweit dazu auch Molkereien eingespannt werden könnten. In meinen Handakten befindet sich ein Bericht über den Stand der Hefebauvorhaben, der vom 19. April 1945 (!) datiert und fast fünfzig verschiedene Werke aufführt, die damals teils in Produktion und teils im fortgeschrittenen Ausbau waren. In einem der größten Werke war eine Gesamtjahreskapazität von 20.000 Tonnen erreicht. Die Aktion wurde auch nach Kriegsende fortgesetzt und erreichte einen nicht unbedeutenden Umfang. Bei der starken Knappheit an eiweißhaltiger Nahrung und Vitaminen war die Nährhefe sehr gesucht und ihre Produktion wurde auch in den ersten Jahren nach 1945 überall begünstigt. Da ich bis 1951 interniert war und meine Familie auf dem Lande lebte, ist es mir erst vor kurzem gelungen, etwas Zuverlässiges über die Rolle zu hören, die die Nährhefe nach Kriegsende tatsächlich gespielt hat.

Im Justizpalast in Nürnberg hatte mir allerdings 1948 mein Mitinternierter, Max H. Schmidt, damals Vorsitzender des Vorstandes von Zellstoff-Waldhof, berichtet, daß sich bei Waldhof die von mir veranlaßte Nährhefeproduktion von einem Nebenprodukt beinahe zum Hauptprodukt entwickelt hatte und ihnen aus den Händen gerissen wurde. Erst im April 1973 hörte ich ganz zufällig bei einer Konsultation Zuverlässiges von

Professor Dr. J. Nöcker, Chefarzt der Medizinischen Klinik im Städtischen Krankenhaus in Leverkusen und Chef der deutschen Olympia-Mannschaft in Mexiko und München. Er war nach dem Kriege als Arzt an der Medizinischen Universitätsklinik in Leipzig tätig und hatte dort viele Jahre in großem Umfang Nährhefe als "hochwertige Eiweißquelle" und "hervorragend wirkende Heilnahrung gegen in Massen auftretende Hungerödemerkrankungen" eingesetzt. "Wir konnten Tausenden von Abertausenden damit das Leben retten." 1949 schrieb Professor Dr. Nöcker eine wissenschaftliche Broschüre: "Die Nährhefe als Heil- und Zusatznahrung". Sie liegt mir vor. Die Breitenwirkung der von uns erreichten Kapazitäten von mehr als 120 Millionen Kilo Jahresausstoß war erheblich. Von dem hohen Vitamingehalt abgesehen, war die Produktionskapazität ausreichend, um den vollen Eiweißnormalbedarf von circa 70 Gramm pro Tag für circa 3.240.000 Erwachsene oder 10.000.000 Kinder zu decken.

Ich selbst rangierte zwar in vielen Internierungslagern nach dem Kriege bei Rote-Kreuz- und anderen Kontrollen als Renommier-"Hungerödemer", wurde aber leider keines Gramms "meiner" Nährhefe teilhaftig.

Dafür hatte ich aber immerhin die Genugtuung, daß ich in einem Lager bei Ludwigsburg in wochenlanger Arbeit mit einem Stab von mindestens zwanzig Mitinternierten agrarwirtschaftlichen, medizinischen und technologischen Sachverständigen eine Ernährungsbilanz für Westdeutschlands Zukunft aufstellen konnte. Sie ergab, daß bei starker Steigerung der Fischerei, Großeinsatz von Nährhefe, Abschlachten von über 20 Millionen Pferden und ihren Ersatz durch Traktoren und eine Fülle von Initiativen zur Produktionssteigerung der Landwirtschaft eine ausgeglichenere Ernährungsbilanz bei Zugrundelegung eines Mindestbedarfes aus eigener Kraft möglich sein würde. An Devisenüberschüsse zur Bezahlung landwirtschaftlicher Importe (nach Deckung eines Mindestbedarfs für Rohstoffe) vermochten wir damals noch nicht zu glauben.

Für die notdürftige Weiterexistenz der Bevölkerung hatte die Ernährung und alles, was ihr diente, zwar eindeutig den Vorrang. Nach menschlichem Ermessen sah unser Volk aber auch sonst einer Art Primitivexistenz nach dem Ende des Krieges entgegen. Dafür galt es, auch alle noch möglichen Erleichterungen zu schaffen.

Im Endstadium bedrängte ich das Reichswirtschaftsministerium, die Landeswirtschaftsämter und Wirtschaftsämter anzuweisen, zeitig, das heißt bestimmt vor Feindbesetzung, für die Auflösung der Läger Sorge zu tragen, auch wenn das nicht in geordneter Weise möglich sein sollte. Dabei sollten sie versuchen, gleichzeitig mit militärischen Dienststellen die Auflösung der Wehrmachtsläger zu veranlassen, da der


Freies Deutschland im Bild

Generalfeldmarschall Paulus —
Oberbefehlshaber der Stalingrader Armee —
erhebt seine Stimme
für die Rettung
Deutschlands,
gegen Hitler

So frei wurde das hier 1943 von ihnen vorgestellte Deutschland, daß mehr als 10 Millionen Deutsche aus ihrer ostdeutschen Heimat vertrieben, über 3 Millionen Zivilisten anläßlich der Vertreibung getötet, nach Kriegsende ungezählte Männer und Frauen weiter gemordet, das Land zerstückelt, schließlich der sowjetisch besetzte Teil in ein einziges großes KZ umgewandelt wurde, in dem bis heute dieser Volksteil eingesperrt blieb!

Inhalt ja sonst nur Kriegsbeute der Gegner sein würde. Sollte eine gesteuerte Aktion dieser Art nicht möglich sein, so sollte wenigstens dafür gesorgt werden, daß die Bevölkerung an einer "spontanen Selbsteindeckung" aus diesen Lägern in keiner Weise gehindert würde.

Als sich gegen Ende des dritten Quartals und besonders im vierten Quartal 1944 eindeutig zeigte, daß wir mit den Wiederherstellungsarbeiten der Hydrierwerke in ein Faß ohne Boden schöpften, verabredeten ohne viel Aufhebens Krauch, Geilenberg und ich, daß nunmehr die weit auseinanderliegenden Kleinanlagen, deren Bau nach dem Mineralöl-Sicherungsplan im August begonnen worden war, mit aller Macht vorrangig forciert werden sollten. So wäre wenigstens durch diese kleinen Destillationen, die durch Bombenangriffe kaum gestört werden konnten, eine bescheidene, über das ganze Reichsgebiet verteilte Versorgung mit Treibstoffen auch im Endstadium des Krieges gewährleistet. Der Arbeits- und Materialaufwand für die Erstellung dieser Kleinanlagen belief sich natürlich nur auf einen Bruchteil des Bedarfs der großen Werke. Der Ausbau im kleinen konnte daher auch jetzt noch recht zügig vorangehen.

Ende Februar 1945 lag mir eine Gesamtaufstellung aller Ausweichanlagen mit Stand vom 15. des Monats vor. Sie enthielt 109 solcher Anlagen im gesamten Reichsgebiet, einschließlich Österreichs und des Pro-

tektorates. Davon waren bereits etwa 40 in Betrieb, 15 sollten bis 1. März anlaufen und wiederum 15 weitere bis zum 1. April, so daß bis dahin circa 60 % des Planes erfüllt sein würden.

Besondere Sorgfalt wurde der Planung der Schmierölerzeugung zugewandt, weil ein Weiterlaufen oder Wiederanlaufen ziviler Fertigungen aller Art durch das Fehlen eines so scheinbar unbedeutenden Hilfsstoffes praktisch blockiert werden könnte. Dabei war die Schmierölherstellung sehr differenziert. Es gab nicht weniger als zwölf qualitativ verschiedene Arten von Öl, die alle geplant werden mußten, da alle benötigt wurden. Je nach den regionalen Verbrauchsnotwendigkeiten wurde eine bescheidene regionale Vorratshaltung eingeleitet.

Ein Teil des Schmieröls sollte auch in Ausweichanlagen hergestellt werden. Sie liefen im April mit einer Produktion von 2.000 t an und sollten sich bis Juli auf 14.000 t allein aus diesen Anlagen steigern. Immerhin wären dann aus diesen Ausweichanlagen etwa die Hälfte eines geschätzten Normalschmierölbedarfs (bei voller Produktion) (!) zusammengekommen.

Schüchterne Versuche einer dezentralen Bevorratung an Dieselkraftstoff wurden durch Sofortanforderungen immer wieder unterbrochen. So wurden zum Beispiel im März für Transporte über die Ostsee, die die Marine für Hunderttausende von Flüchtlingen aus Ostpreußen und Pommern nach Schleswig-Holstein in Gang gesetzt hatte, 8.000 t aus den verschiedensten Lägern zusammengekratzt. Rettung von Menschen ging allem vor.

Weiter erwies sich die Mitte 1944 begonnene Aktion "Umschaltung auf Holzgasgeneratoren" in der Schlußphase des Krieges als bescheidene Stütze für eine besondere Art von Personen- und Lastkraftverkehr, den die Wirtschaftsämter mit Flüssigtreibstoff niemals hätten bedienen können und dürfen.

Ab Ende 1944 waren wir im privaten Bereich ein Volk auf der Wanderschaft. Kinder waren in großem Umfang in entfernte, durch Luftangriffe weniger gefährdete Gebiete evakuiert. Väter und Mütter wollten sie besuchen und mit dringendstem Bedarf zusätzlich versorgen. In großem Umfang zogen auch Mütter mit Kindern unter Aufgabe des Haushalts aus den am meisten bombardierten oder durch Feindannäherung gefährdeten Großstädten in kleinere Orte oder aufs Land zu Verwandten, Freunden oder Bekannten oder auch einfach ins Blaue. Sie wollten natürlich wenigstens das Nötigste an Kleidung und Haushaltsgut mitnehmen. Väter, die bei ihrer Arbeitsstätte bleiben mußten, wollten ihre Familien besuchen und ihnen Haushaltsgut und Kleinmöbel nachbringen, wenn sie Unterkunft gefunden hatten. Vor allem aus den bedrohten Ostgebieten begann ein Strom von Flüchtlingen nach Westen zu ziehen, und es wurden vorsorglich, wenn auch meist zu spät, von den Behörden Gebiete geräumt, die durch sowjetische Truppen unmittelbar bedroht waren. All diese völkerwanderungsähnlichen Vorgänge erforderten Transportraum, wobei sich besagte Holzgeneratoren als höchst willkommen erwiesen. Nächst dem Fahrrad schufen sie eine gewisse individuelle Beweglichkeit, die weder zu "planen" war, noch mit Flüssigtreibstoff hätte bedient werden können. Was immer die Nachteile der Holzgeneratoren waren, so stellten sie eben einen "fahrbaren Untersatz" dar, der notfalls in Selbsthilfe betrieben werden konnte, auch wenn reguläres Tankholz nicht zur Verfügung stand.

Und bei alledem war auch nicht in diesem Stadium des Krieges unsere einstige Hoffnung, die Me 262, vergessen! Der Treibstoff wartete auf seine Strahljäger. Noch am 28. Februar 1945 waren 30.000 t für sie bereit bei einem geschätzten (und nachträglich nicht erreichten) Monatsbedarf von 12.000 t!

In den skizzierten Aktionen, die natürlich nur einen kleinen Ausschnitt des riesigen Arbeitspensums darstellten, das zu bewältigen war, hatten sich im Monat Januar und Februar eine Unsumme von Planungsimprovisationen ergeben, um augenblickliche Schwierigkeiten mindestens vorübergehend zu überwinden.

Der Krieg war in seiner letzten Phase. Die Westalliierten hatten begonnen, den Rhein zu überschreiten, die Sowjets waren im Besitz von Schlesien und leiteten den Angriff auf Berlin ein. Gegen den 10. März hatte ich Speer auf seinen Wunsch für seine beabsichtigte Denkschrift über die Wirtschaftslage März/April Unterlagen geliefert und traf ihn noch kurz zwischen Tür und Angel, als er dabei war, Hitler diese Denkschrift in den Bunker der Reichskanzlei zu überbringen. Darin hatte er zum ersten Mal mit schonungsloser Deutlichkeit den sich abzeichnenden Zusammenbruch scharf von der Weiterexistenz des deutschen Volkes getrennt.

Am 18. März hatte Keitel auf Veranlassung Hitlers die Weisung gegeben, den Kampfraum westlich des Rheins von der Bevölkerung zu räumen. Selbst die kampfgefährdeten Gebiete sollten, so war die Meinung, durch totale Evakuierung in die Mitte des Reiches geräumt und die verlassenen Gebiete verwüstet werden. Das völlig Unsinnige dieses Befehls erhellt allein schon daraus, daß sich der größte Teil des linksrheinischen Gebietes, für den der Erlaß galt, zu diesem Zeitpunkt bereits in Feindeshand befand und die Bevölkerung "überrollt" war, wie das damals hieß. Am 17. März unterzeichnete Hitler den Befehl "Verbrannte Erde", der am gleichen Tag allen militärischen und zivilen Dienststellen zuging. Über das gleiche Thema der Räumung und Zerstörung sind nach der Darstellung von Speer innerhalb der nächsten 14 Tage zwölf weitere, sich widersprechende, korrigierende und ein-

ander aufhebende Befehle ergangen. Seit ich Hitler auf dem Plattner-Hof im Juni 1944 gesehen und gehört hatte, wußte ich, daß er nicht mehr regierungsfähig war. Im März 1945 aber war er nach allen Augenzeugenberichten von Leuten, die nicht durch den täglichen Umgang an ihn gewöhnt waren, physisch, psychisch und geistig ein völliges Wrack. Ein Augenzeuge schreibt: "Er bot körperlich ein furchtbares Bild. Er schleppte sich mühsam und schwerfällig, den Oberkörper vorwärts werfend, die Beine nachziehend, von seinem Wohnraum in den Besprechungsraum des Bunkers. Ihm fehlte das Gleichgewichtsgefühl. Wurde er auf dem kurzen Weg von 20 bis 30 Metern aufgehalten, mußte er sich auf eine der hierfür an beiden Seiten bereitstehenden Bänke setzen oder sich an seinem Gesprächspartner festhalten. Er hatte die Gewalt über den rechten Arm verloren, die rechte Hand zitterte ständig; er bot ein Bild des Jammers und des Grauens.

Diese Schilderung stimmt weitgehend überein mit der, die der Gauleiter der Steiermark, Überreiter, dem Verfasser 1945/46 in der Gefangenschaft im Justizpalast in Nürnberg machte. Er war in den letzten Apriltagen 1945 in Berlin gewesen, "um sich vom Führer und die Steiermark vom Reich abzumelden", wie er sich ausdrückte.

Selbst Speer, der ihn häufig gesehen hatte und daher vielleicht nicht so objektiv sein konnte wie andere, schreibt: "Ein Greis, ein Nervenbündel, das seine Reaktionen nicht mehr verbergen konnte." Weswegen in diesem Stadium die ihn umgebenden Männer, wenn sie nicht selbst unter geistiger Verwirrung oder Bewußtseinstrübung litten, noch Befehle von ihm annahmen und vor allem weitergaben, ohne aus ihrer Unsinnigkeit, Zwecklosigkeit und Undurchführbarkeit Folgerungen zu ziehen, die einfach auf der Hand lagen, wird wohl immer ein Rätsel bleiben. Das nach außen dringende Kennzeichen der Lage war jedenfalls eine vollständige Verwirrung. Verwirrung über die tatsächliche Lage, Verwirrung über oder wegen der Befehlsgebung, Verwirrung darüber, welche Befehle galten oder welche man befolgen sollte, dazu Führerbefehle, die sich gegenseitig widersprachen, Befehle des Oberkommandos der Wehrmacht, Weisungen und Befehle Speers, Weisungen der Gauleiter beziehungsweise Reichsverteidigungskommissare, Weisungen der örtlich zuständigen Heeresbefehlshaber, dazu offenbar unzutreffende oder in ihrem Sinn oder Inhalt verzerrte Nachrichten durch Rundfunk oder Zeitungen und Gerüchte von allen Seiten und aus allen Quellen.

Der offensichtliche Grad völliger Verwirrung hatte nur einen Vorteil: Da kaum noch erkennbar war, welche Weisungen galten, sofern überhaupt welche vorhanden waren, fühlte sich jeder mehr oder weniger auf sich gestellt, und man folgte daher seinem eigenen Gefühl, seiner persönlichen Pflicht, seiner Verantwortung für die Unterstellten und Nahestehenden und für unser Volk.

Mein Verbindungsoffizier zu Keitel unterrichtete mich mehrmals täglich über die Lage. Die letzte Information am 21. April, drei Uhr morgens, war: "Durch Führer-Anweisung Tusnelda" ausgelöst. (Stichwort für Anweisung, daß alle Führungsstäbe der Ministerien Berlin zu verlassen hätten.) Keitel ließ mir bestellen, "er lege großen Wert darauf, daß ich Dönitz, der in der Nacht nach Norden führe, zur Besprechung und Beratung in allen Fragen zur Verfügung stände." Für den 22. morgens 3 Uhr 30 setzte ich für die vierzehn Mann meiner "Marschbelegschaft" Abfahrt mit sechs PKW nach Hamburg an. Als mehrere Telefonate mit dem Dönitz-Adjutanten Lüdde-Neurath in Plön meine Annahme bestätigten, daß "es nichts mehr zu regieren gäbe" und außerdem Speer selbst erwartet würde, meldete ich mich ab und löste am 28. in Hamburg den "Führungsstab" auf, das heißt, ich beurlaubte alle bis Kriegsende. Jeder konnte und mußte nach Jahren als Glied unserer Arbeitsgemeinschaft wieder nach eigenem Ermessen ein neues Leben beginnen. In diesen letzten Tagen traf ich mich noch mit mehreren Wirtschaftlern in Hamburg zu Besprechungen. Wir vermochten aber die Zukunft nicht mehr zu erforschen. Wir waren im Niemandsland zwischen den Zeiten. Am 2. Mai vormittags wurde Hitlers Tod durch Extrablätter verbreitet.

Der Untergang des Dritten Reiches war besiegelt.

In meiner völligen Erschöpfung, beinahe Apathie, wünschte ich, ich hätte auch erst alles für immer hinter mir. An einen neuen Anfang für mich vermochte ich nicht zu glauben.

Meine Familie, meine getreuen Mitarbeiter, viele Freunde und auch die Alliierten sorgten dafür, daß es anders kam.

Im Wilhelm-Straßen-Prozeß in Nürnberg wurde ich 1949 zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren verurteilt. Die Untersuchungshaft und die Haft während des Prozesses seit dem 8. Juni 1945 wurden angerechnet. Im Januar 1951 wurde das Strafmaß von den Amerikanern auf die "abgebüßte Zeit" herabgesetzt und ich sofort entlassen. Der "Deutsche Entnazifizierungsausschuß für das Land Nordrhein-Westfalen" in Düsseldorf stufte mich in Gruppe 5 als "entlastet" ein.

Ein zweites Leben konnte beginnen.



Keine Stadt Deutschlands war verschont geblieben

Schlußwort Hans Kehrl

"Hohes Gericht,

ich bin mir bewußt, daß ich in diesem Prozeß das bin, was die Anklage als kleinen uninteressanten Fall bezeichnet. Ich erbitte aber Verständnis dafür, daß wie jedem, so auch mir, mein eigener Fall als bedeutungsvoll erscheint und erscheinen muß.

Meinem Namen, meiner Familie, meinen vielen treuen Mitarbeitern und auch dem deutschen Volke gegenüber, dem nach bestem Gewissen gedient zu haben, mein Verbrechen sein soll, bin ich es schuldig, daß ich mein Wollen und mein Tun so gründlich und umfassend verteidige, als ob es ein großer Fall wäre.

Die kluge, gründliche und gewissenhafte Arbeit meines Verteidigers, dem ich dafür von Herzen dankbar bin, hat eine Fülle von Beweismaterial zusammengetragen. Meine Bitte an Sie, meine Herren Richter, geht vor allem dahin, daß Sie das Material mit derselben Geduld und Gründlichkeit studieren mögen, mit der Sie dem Prozeß bisher gefolgt sind.

Ich hätte vielleicht dem Hohen Gericht, meinem Verteidiger und auch mir weniger Arbeit zu machen brauchen; denn daß die Beschuldigungen der Anklage gegen mich unbegründet sind — sogar nach der unhaltbaren rechtlichen Theorie der Anklage selbst —, das hätte ich aus deren eigenen Dokumenten allein beweisen können, besonders wenn die von ihr nicht eingebrachten Teile dieser Dokumente mit berücksichtigt worden wären. Nachdem ich aber nun einmal nach dem Willen der Anklage zur Verteidigung gezwungen bin, habe ich auch den Wunsch, freigesprochen zu werden; nicht, weil die Anklage ihre Behauptungen nicht beweisen konnte, sondern klar und eindeutig wegen erwiesener Unschuld selbst nach der rechtlichen Theorie der Anklage, wie sie von ihr im Schlußplädoyer entwickelt wurde. Nur das ist der Grund, warum wir so reiches Material beigebracht haben.

Neben den Bekundungen zahlreicher Zeugen war es uns auch möglich, viele Dokumente aus der Zeit meiner Arbeit selbst vorzulegen, bei denen selbst die Anklage mit ihrer lebhaften Fantasie nicht schwarz aus weiß zu machen vermag. Daß das Gericht keinen meiner drei Zeugen selbst gehört hat, ist mir natürlich schmerzlich, aber gerade in ihrem Fall wird noch der tote Buchstabe des Protokolls vom lebendigen Menschen zeugen. Ich darf dabei ganz besonders auf das Kreuzverhör dieser Zeugen durch die Anklage hinweisen. Ich bin der Anklagebehörde zu Dank verpflichtet, daß sie z.B. in vielstündigem Kreuzverhör der Zeugen Dr. Köster und Dr. Voss wenigstens die Umrisse des wahren Bildes des Protektorates hat erstehen lassen. Seine Kenntnis macht es verständlich, warum jetzt im Jahre 1948 das deutsche Protektorat im Volksmund der Tschechei allgemein mit dem vielsagenden Wort "slata Protektorata", das "goldene Protektorat" wehmütig in nachträglicher Erkenntnis bezeichnet wird.

Die Anklagebehörde hat auch durch den Mund des völlig neutralen Letten Dambergs in dessen Kreuzverhör die Arbeit der Ost-Faser auf dem Hintergrund der bolschewistischen Vergangenheit der Jahre 1940/41 in das rechte Licht gerückt und geradezu plastisch beleuchtet. Das Ergebnis spricht für sich selbst.

Im "brief" hat sich mein Anwalt mit Erfolg bemüht, dem Gericht einen objektiven Wegweiser durch die Fülle des Materials zu verschaffen. Insbesondere hat er auch zu Punkt 8 der Anklage alles Material, das in den 11 Monaten des Prozesses irgendwo bruchstückweise angefallen ist, zu einem Bild vereinigt und den Nebel zerrissen, den die Anklage gerade um dieses Problem rechtlich und tatsächlich zu hüllen bemüht war. Denn gerade hier versucht die Anklage dem Urteil des IMT Gewalt anzutun, während sie sonst krampf-

haft bestrebt ist, dieses Hohe Gericht an jeden Buchstaben des IMT zu binden. Wenn ich die Hoffnung haben kann, daß das Gericht auch dieses Material liest, dann sehe ich getrost auch dem Spruch darüber entgegen, ob ich ein Kriegsverbrecher als Mitwirkender einer verbrecherischen Organisation war.

Daß die Anklage in ihrem Schlußplädoyer den Versuch macht, meine Glaubwürdigkeit anzugreifen, kann mich nicht treffen. Diese Behauptung hält dem klaren Ergebnis der Beweisaufnahme ebensowenig stand wie die meisten sonstigen Behauptungen der Anklage. In dem angezogenen Fall versucht sie den bekannten Trick, erfolgreich eine Behauptung zu bekämpfen, die gar nicht aufgestellt worden ist. Daß mein Wollen nicht nur von der großen Schar treuer, pflichtbewußter und selbstloser Mitarbeiter verstanden worden ist, für deren Arbeit mit zu zeugen mir eine gern und dankbar erfüllte Pflicht ist, sondern auch von Wirtschaft und Wirtschaftlern der besetzten Gebiete selbst, ist mir eine tiefinnere Befriedigung.

Opportunismus, Haß, Propaganda und Hysterie der Kriegs- und Siegespsychose haben es nicht fertiggebracht, daß auch nur ein einziger Franzose, Belgier, Balte oder Ukrainer, oder auch nur eine verantwortliche Dienststelle dieser Länder sich der Anklage gegen mich zur Verfügung gestellt hat. Und der von der Anklage vorgelegte Bericht der französischen Gutachterkommission zur Reparationsfrage ist eines meiner wichtigsten Verteidigungsdokumente und die Hauptquelle und Grundlage der Widerlegung der Behauptung der Anklage. Von Herzen will ich jedem Gebiet, das in Zukunft das Unglück haben sollte, von feindlichen Armeen besetzt zu werden, wünschen, daß sich Männer fänden, die ihm die Gesinnung entgegenbringen, die mich in Wort und Tat geleitet hat und die praktisch zur Geltung zu bringen ich auch außerhalb meines eigenen Tätigkeitsbereiches stets bemüht war.

Noch vor Jahresfrist hat die Anklage und die von ihr gesteuerte Propaganda immer wieder betont, daß die meisten der hier in Nürnberg Angeklagten als Symbole angeklagt sind. Jetzt will sie es nicht mehr wahrhaben, zumal auch ihr vielleicht mindestens in dem einen oder anderen Fall dämmert, daß sie mit untrüglichem Instinkt bei der Auswahl der Symbole danebengegriffen hat. Aber ohne diese Symboltheorie ist dieser Prozeß, seine propagandistische Steuerung durch die Anklage und die Auswahl der Angeklagten gar nicht verständlich. Die Basis der Symboltheorie aber ist die Behauptung von der Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes.

Natürlich habe ich mir die Frage vorgelegt, für welchen Kreis deutscher Menschen ich als Symbol gedacht war. Bin ich doch erst im Schlußstadium des Krieges, zu einer Zeit, als Macht und Verantwortung nicht mehr gesucht waren, sondern von den meisten gemieden wurden, mit Aufgaben betraut worden, die in größerem Rahmen von Bedeutung waren. Vielleicht ist es daher nicht zu kühn und überheblich, wenn ich mich mitfühle als Symbol für Zehntausende von anständigen, pflichtbewußten Beamten und Wirtschaftlern, die im Kampf um Leben oder Tod ihres Volkes in der Heimat und in den besetzten Gebieten versuchten, das Rechte zu tun. Trotz unsagbaren Leidens ihres eigenen Volkes waren sie ohne Haß und Überheblichkeit zwar bemüht, dem Krieg zu geben, was des Krieges ist, dabei aber auch durchdrungen von dem Wunsch, unnötige Härten oder gar Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Und auch sie wieder sind nur Repräsentanten von Millionen, ja -zig Millionen Deutscher, deren Aufgaben- und Pflichtenkreis sie nur einen ganz kleinen Ausschnitt des geschichtlichen Geschehens überblicken ließ. Sie alle waren von dem Streben erfüllt, an dem Posten, an den sie sich vom Schicksal gestellt glaubten, ihre Pflicht zu tun, wie sie sie verstanden bis zum letzten, treu ihrem Volk und getreu dem Eid, den sie in gutem Glauben geschworen hatten. Sie waren aber auch in ihrer überwältigenden Mehrheit von dem Willen beseelt, menschliches und göttliches Recht zu achten.

Wenn ich zum Verständnis und zur Verteidigung all dieser Menschen, mit denen ich mich unlöslich verbunden fühle, auch nur ein wenig habe beitragen können oder jetzt beitrage, so will ich ohne Bedauern und Murren auf dic 3 1/2 Jahre Haft zurückblicken, die hinter mir liegen.

Ich empfinde es auch als Verpflichtung und Schicksal, daß mein Wort die letzte deutsche Stimme ist, die hier in Nürnberg für sie sprechen kann, für ihre Arbeit, ihr Wollen, ihr Hoffen, ihren Glauben.



Der Volkssturm vermochte auch nichts mehr zu wenden

Meine Herren Richter, vor Ihnen aufgetürmt liegt ein gewaltiger Haufen Papier, Tausende von Dokumenten, sogenannten und wirklichen. Nicht sie durchzuarbeiten ist Ihre schwerste Aufgabe, sondern hinter ihnen das wirkliche Leben und Geschehen, sei es auch nur in nebelhaften Umrissen, zu erkennen, das ist das wahrhaft Schwere, das wirkliche Problem.

Wir können kaum hoffen, daß Sie uns verstehen, Sie kommen aus einem glücklicheren, weiten und reichen Land. Sie kennen keine Enge des Raumes, keinen Standesdünkel, keine Klassenhetze, keinen Klassenhaß. Sie kennen nicht die völkischen und nationalen Vorurteile, die eine mehr als tausendjährige Geschichte und Tradition in den Völkern Europas hat entstehen lassen, und die wie ein suggestiver Zauberbann auch jetzt noch auf ihnen lasten. Und doch hat sich ein jeder von uns bemüht, Ihnen einen kleinen Einblick in eine Welt zu geben, die sich nicht in das primitive Bild der Verzerrung und des Hasses pressen läßt, das die Anklage zu malen versucht. Ich will auch der Anklage nicht auf ihrem Wege folgen, Geschichte durch Schlagwörter zu schreiben oder die Weltgeschichte Gottes als einen Tummelplatz von Verbrechern und Wahnsinnigen anzusehen. Für objektive Geschichtsschreibung ist es noch viel zu früh. Hier kommt es auch nur darauf an zu zeigen, wie Millionen und Abermillionen von Deutschen das Geschehen d a m a l s subjektiv empfanden, mag ihr Empfinden nun richtig oder falsch gewesen sein, von welchen Motiven sie sich d a m a l s leiten ließen, welchen Zielen sie zu dienen glaubten. Und das auch nur zu ahnen, ist für den schwer, der diese Jahrzehnte nicht unter uns gelebt hat, der nicht den Pulsschlag der Zeit fühlen konnte, der oft die Geschichte mehr bestimmt als Tatsachen und Personen. Selbst die Anklage hat das in etwa gespürt, wenn sie immer wieder vom "background" spricht, den sie angeblich zu schildern sich bemühen will und zu dessen Klärung sie doch in ihrer Übertreibung, Einseitigkeit und Entstellung gar nicht oder wenig der Wirklichkeit tatsächlich Entsprechendes beigetragen hat. Denn es sind geistige Kräfte und Ideen, die die Weltgeschichte bewegen. Wir lernen sie nicht verstehen, wenn wir nur pathologische Entartungen betrachten, die aus ihnen entstanden, sondern wenn wir versuchen, ihren Quellen nachzuspüren. Die große französische Revolution Ende des 18. Jahrhunderts hat ihre geschichtliche Bedeutung auch nicht in der Guillotine und den mörderischen Verbrechen, in denen sie endete, sondern in den Idealen der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, unter denen sie antrat. Wie aber sollen Sie das Geschehen, die Menschen, ihre Handlungen und Motive verstehen, ohne einen Einblick in diese Gedanken- und Gefühlswelt zu haben?

Sie haben unser Volk nicht gesehen, wie es aus dem Ersten Weltkrieg hervorging. Seine besten Söhne gefallen, Millionen verkrüppelt, Millionen am Verhungern, alle zu Tode erschöpft und noch dazu von dem dunklen Gedanken erfüllt, dies Leid durch eigenes Versagen mitverschuldet zu haben. Sie haben nicht gesehen, wie in diesem Volk eine lang gesäte Saat von Klassenverhetzung und Klassenhaß furchtbar aufging und sich im Bürgerkrieg entlud, wie die Inflation die letzten materiellen Grundlagen der Vergangenheit zerstörte. Sie haben nicht erlebt, wie das Gift des Nihilismus alle ethischen Werte anzufressen begann, wie ein kalter Bürgerkrieg Jahr für Jahr auch in der Zeit wirtschaftlicher Scheinblüte alle Fundamente menschlichen Zusammenlebens unterwühlte. Sie haben nicht erlebt, wie wirtschaftliche Unvernunft und politisches Versagen das wirtschaftliche Leben immer mehr dem Stillstand entgegentrieb und wie bei dieser Lage das Parlament, in zahllose Parteien gespalten, nur in einem einig schien, jede Regierung am Regieren zu hindern. Sie haben nicht gesehen, wie das wirtschaftliche Elend den kalten Bürgerkrieg Anfang der 30iger Jahre auch wieder zu heller Flamme entfachte. Allein ein Studium der gegenwärtigen Darbietungen von Presse, Radio und Reden jenseits des eisernen Vorhanges kann Ihnen eine schwache Vorstellung davon verschaffen, was in den Jahren vor 1933 an Haß, Lüge, Verhetzung im deutschen Volk sich austobte. Manchen schien das naturgesetzlich und unabwendbar. Andere glaubten der These, es handele sich nur um das unselige Werk kleiner Cliquen politischer Hetzer. Immer mächtiger erscholl die Parole gegen Klassenkampf und Zwietracht, der Appell zur Versöhnung aller Schichten und zu gemeinsamer Arbeit. Und diese Parole überwältigte schließlich alles. Hoffende Herzen wollten das glauben, was allein einen Ausweg aus aussichtsloser Lage versprach. Millionen unpolitischer Menschen gaben ihre Stimme nicht der Verhetzung, sondern der Versöhnung, nicht dem tatenlosen Sichtreibenlassen, sondern der entschlossenen Arbeit, nicht der Selbstsucht, sondern der Opferbereitschaft, nicht dem Haß, sondern der Liebe. Man fühlte sich erinnert an das Wort: "The heart has its reasons which reason knows not of".

Und die zwingende Kraft des Wollens und der gemeinsamen Anstrengung schien das Wunder zu vollbringen: Die Räder begannen sich zu drehen, Arbeitslosigkeit und Not wichen. Zusammenarbeit und Verstehen begannen zu wachsen zwischen Stadt und Land, zwischen Bürger und Arbeiter, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Schlüssel zur Lösung des sozialen Problems, das so schwer nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa lastete, schien gefunden. Der deutsche Arbeiter begann das Gefühl voller Gleichberechtigung zu gewinnen, und ihn erfüllte und konnte erfüllen das Gefühl des eigenen Wertes und die Sicherheit, seinen Wert und seine Bedeutung geachtet, seine Lebensrechte und Lebensmöglichkeiten gesichert zu sehen. Manch Negatives verblaßte gegenüber der Gewalt dieser Tatsachen und schien nur Schlacke einer im übrigen fast unblutig verlaufenen Revolution, die leicht und bald abgestoßen werden



Wie mochte das Schicksal weitergehen? Für viele bedeutete amerikanische Gefangenschaft nach Kriegsende keineswegs das Überleben

konnte und würde. Ein personeller Reinigungsprozeß würde, so hoffte man, bald wieder Vieles zum Verschwinden bringen, was an Ungesundem, Krankhaftem und Unsauberem durch die Umwälzung auch mit an die Oberfläche gespült worden war. Als keimende Saat neuen Unheils wurde es nicht gewertet. Da machte der ausbrechende Krieg dem Traum einer besseren Zukunft nur durch gemeinsame friedliche Arbeit ein jähes Ende.

Meine Herren Richter, Sie haben nicht den Schmerz und die tiefe Resignation erlebt, mit der fast das ganze deutsche Volk den Krieg aufnahm, der alle Hoffnungen zerstörte. Er wurde als eine schwere Schicksalsfügung aufgenommen, die denen, die an die Führung glaubten, unabwendbar erschien. Kein Sieg und kein Triumph vermochte die Freude oder den Jubel auszulösen, den Siegesnachrichten noch im vorigen Weltkrieg hervorriefen. Das Empfinden der Regierten war, wie so oft, unbeirrbarer als das der Regierenden.

Die schwere Wetterwolke im Osten lag wie ein Albdruck auf jedem Herzen.

Nur in einem waren sich fast alle einig: ihre Pflicht zu tun an dem Platze, an den sie gestellt waren. Sie hatten im Laufe ihres bisherigen Lebens ein so wildbewegtes Stück Weltgeschichte durchlebt, daß sie die Sokratische Weisheit akzeptiert hatten: Ich weiß, daß ich nichts weiß. Die Wenigsten erfüllte die überhebliche Überzeugung, daß sie selbst aus ihrer Froschperspektive Einblick in den Sinn des Weltgeschehens haben könnten. Sie folgten der Führung, der sie vertrauten, und waren gerade in der Erinnerung an den letzten Weltkrieg entschlossen, daß es an ihnen diesmal nicht fehlen sollte. Sie, meine Herren Richter, haben auch nicht erlebt, wie Monat um Monat, Jahr um Jahr die Bomberverbände ungehindert über unsere Heimat einflogen und Stadt um Stadt in Trümmer und Asche legten. Sie haben nicht erlebt, wie Millionen von Menschen, ja man kann sagen, fast ein ganzes Volk Tag um Tag nach den immer häufiger werdenden Bombennächten morgens müde aus den Kellern krochen und über Trümmer vorbei an den zahllosen Toten der Nacht ihren Arbeitsplätzen zustrebten, und das gerade in der Zeit, als das Volk nach Meinung der Anklage hätte lauschen und forschen sollen nach Gerüchten, die aus dem Osten, aus mehr als 1.000 km Entfernung, über die furchtbaren dort begangenen Verbrechen gerade damals angefangen haben s o l l t e n zu entstehen.

Aber auch damals erfüllte kein Haß den einzelnen Deutschen z.B. gegenüber den ausländischen Arbeitern, die Seite an Seite mit ihnen arbeiteten. Die Bombentage und Bombennächte machten vielmehr alle zu Schicksalsgenossen und Kameraden. In Frankreich kann man noch jetzt täglich hören, daß die aus Deutschland zurückgekehrten französischen Arbeiter die wirkungsvollsten Apostel der Völkerversöhnung und des Friedens gerade mit uns Deutschen sind.

Meine Herren Richter, Sie haben auch nicht erlebt, wie durch die Zerstörung aller Verkehrswege, durch die Häufung der durch Bombenangriffe Gemordeten, durch den nicht endenden Millionenstrom von Flüchtlingen aus Ost und West jede Möglichkeit geregelten Lebens und Arbeitens im Chaos unterging. Sie haben nicht erlebt, wie sich eine Weltuntergangsstimmung ausbreitete, wie ein Massenwahn, und das durch

die Gewalt der Tatsachen geschaffene Chaos durch schreckliche pathologische Verirrungen zu einem wahren Inferno werden ließ. Die Millionen unbekannter namenloser Deutscher in Armee und Heimat aber, von denen ich spreche, fuhren fort, ihre Pflicht zu tun, ihre Pflicht, wie sie sie sahen, solange auch nur noch der Schimmer einer Hoffnung zu bestehen schien, getreu ihrem Volke und ihrem Eid. Denn sie glaubten, daß Gehorsam und Treue genauso notwendige Fundamente des Lebens sind, wie Recht und Gerechtigkeit. Sie ahnten damals noch nichts davon, daß der Mann, in dessen Händen das Geschick des Reiches und des Volkes ruhte, seine schwere Krankheit seit Jahren mit unvorstellbaren Mengen von Drogen bekämpfte und dadurch physisch und psychisch aus dem Gleichgewicht gebracht, kaum noch eine Ähnlichkeit hatte mit dem Mann, dem sie ihren Eid geleistet hatten.

Und nun sind Sie, meine Herren Richter, übers Meer zu uns gekommen, um die Wahrheit zu suchen, Gerechtigkeit zu üben, soweit die Bindung an das IMT-Urteil und das Kontrollratsgesetz das gestatten; sicher eine Aufgabe, die menschliche Kraft beinahe übersteigt. Sie haben vom ersten Tage des Prozesses an konsequent jeden Versuch unterdrückt, aus diesem Prozeß einen sensationellen Schauprozeß werden zu lassen, und ich habe das volle Vertrauen, daß es Ihr Wille ist, volle Objektivität und Gerechtigkeit walten zu lassen. Was aber soll der Maßstab der Gerechtigkeit sein? Können Sie ihn finden in Beispielen der Vergangenheit, können Sie ihn finden an dem Geschehen Ihres glücklichen Landes, dem Krieg und Bürgerkrieg im eigenen Lande seit beinahe einem Jahrhundert erspart blieb? Oder soll der Maßstab der Gerechtigkeit der Wunsch nach Sühne sein oder gar nach hemmungsloser Rache, wie ihn die Anklage unter Mißbrauch selbst des Kontrollratsgesetzes sucht?

Gerechtigkeit ist nichts Abstraktes, Absolutes. Sie darf und kann nicht entstehen aus theoretischer, lebensfremder Konstruktion. Sie muß dem Leben und der Wirklichkeit, in der jeder von uns stand, gerecht zu werden versuchen. Gegenüber dem unsagbaren Leid, das so viele Völker und unser deutsches Volk besonders betroffen hat, gegenüber den Hunderttausenden, ja Millionen völlig Unschuldiger, die noch nach dem Kriegsende sterben mußten, nur weil sie Deutsche waren, mag das Schicksal, das Sie über uns 21 verhängen, belanglos erscheinen; es ist nur ein Tröpfchen in einem Meer des Leidens!

Und doch, ob *Sie* es wollen oder *wir* es wollen: Ihr Urteilsspruch ist auch ein Symbol. Auf Ihre Schultern ist eine Verantwortung gelegt, die weit über das Schicksal von uns 21 hinausgeht. Gerade in diesen Wochen bewegt Millionen das Geschick von Menschen, die von den viel zu weit gespannten Netzen eines Rachefeldzuges — zum Teil sicher ganz zu Unrecht — erfaßt, noch nicht einmal die *uns* gewährte Chance eines "fair trial" erhielten und erhalten sollen. Diese Anteilnahme und Erschütterung gilt sicher nur zum Teil den Betroffenen selbst. Sie ist darüberhinaus die bange Frage nach dem Willen zu Recht und Gerechtigkeit von seiten Ihres Landes, das im Begriff ist, das Schicksal der Welt in seine Hände zu nehmen.

So wird auch Ihr Urteilsspruch und seine Begründung von Millionen draußen im Lande als Zeichen gewertet werden für den Willen und die Fähigkeit, fremdes Schicksal und Schicksalsverflechtung des Lebens zu verstehen, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft und Treue zum Eid zu achten.

Sie, meine Herren Richter, tragen mit eine Verantwortung dafür, ob der Weg zu Verständigung und Versöhnung frei wird, oder ob weiter von Haß diktierte Vergeltung, Intoleranz, Hochmut und Selbstgerechtigkeit herrschen sollen. Sie vermögen einen Beitrag dazu zu leisten, daß Millionen Schwankender und Entwurzelter geholfen wird, in ihrem bangen Wunsch noch einmal wieder an den Sieg des Guten und der Gerechtigkeit in der Welt zu glauben. Sie können ihnen helfen, die schicksalhafte Kette des Hassens und Vergeltens zu zerreißen und sich noch einmal einzusetzen für das, was sie einst im Herzen trugen, und neu zu beginnen

mit reinen Händen,
mit kühlem Verstand,
mit verzeihendem Herzen.

So ruht eine Verantwortung auf Ihnen, wie sie Richter nur selten zu tragen haben. Möge der Segen des Allmächtigen auf Ihren Beschlüssen ruhen.

Unsern Anklägern aber möge der Allgütige verzeihen, denn es ist ihnen nicht gegeben, die Wahrheit zu sehen.



Unmittelbar vor dem Ende im April 1945



Hans-Georg Kemnitzer
NITSCHEWO – über Dornen Sibiriens zur Freiheit
310 Seiten, Ln. DM 19,80

Dieser überaus packend und gekonnt geschriebene Bericht eines deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien wurde in Auszügen als Hörspiel bereits vor Jahren im Westdeutschen Rundfunk gesendet.

Auch als Geschenk hervorragend geeignet, zumal lebendige Zeitgeschichte, die jeden angeht, hier in eine flüssige und spannungsreiche Darstellung gegossen ist.

Hans Georg Kemnitzer ist es gegeben, dem deutschen Kriegsgefangenen in Rußland ein literarisches Denkmal zu setzen. Er hat die Verpflichtung seiner Kameraden erfüllt, der Welt und dem deutschen Volk nicht nur von ihrem Schicksal, ihrem Erleben zu berichten, sondern gleichermaßen von den Qualen des russischen Volkes, das heute nicht mehr in der Lage ist, sich selbst an die Öffentlichkeit zu wenden.

Wenn alle Brüder schweigen
WENN ALLE BRÜDER SCHWEIGEN
Großer Bildband über die Waffen-SS
588 Seiten, Großformat, 1046 Fotos, Farbfotos und Graphiken, Uniformtafeln mit Abzeichen, – Ln DM 82,50 (auch in englisch und französisch lieferbar)



Dieser Bildband über die tapferste Truppe im Zweiten Weltkrieg, herausgegeben vom Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS, sucht seinesgleichen. Eine beeindruckende Dokumentation über eine idealistische Jugend, eine gnadenlose Kriegswalze, einen unerschütterlichen Geist der Kameradschaft und freiwilligen Kühnheit. Diese Bilder lügen nicht! Sie widerlegen Tonnen verlogener Negativliteratur!

Hans Kehrl

KRISENMANAGER IM DRITTEN REICH
– 6 Jahre Frieden, 6 Jahre Krieg

Ln, 552 Seiten, ill. DM 38,-

Der eigentliche Könner im Reichswirtschafts- und Reichsrüstungsministerium legt mit diesem Buch eine Dokumentation über das Führungsgeschehen im Bereich der Wirtschaft und Rüstung des Dritten Reiches von 1933 - 1945 vor, die einmalig in der Nachkriegsliteratur ist. Hans Kehrl – unmittelbarer Untergebener von Albert Speer – stand zwar nie im öffentlichen Rampenlicht, vermittelt jedoch in gradliniger und konsequenter Haltung eine Fülle wirtschaftspolitischer Erkenntnisse von bleibendem Wert. Es ist eine Wohltat zu erleben, daß wenigstens der zweite Mann im Speerministerium – trotz Verurteilung im Nürnberger "Wilhelmstraßen-Prozeß" zu 15 Jahren Haft – ungebrochen blieb und mit Gesinnungslumpen aller Art ein meisterhaftes Florett ficht, ohne dabei mit kritischen Analysen zurückzuhalten, wo sie angebracht waren.

Erich Blohm
Hitler-Jugend – Soziale Tatgemeinschaft
400 S., stark ill., Register, Ln 32.-DM

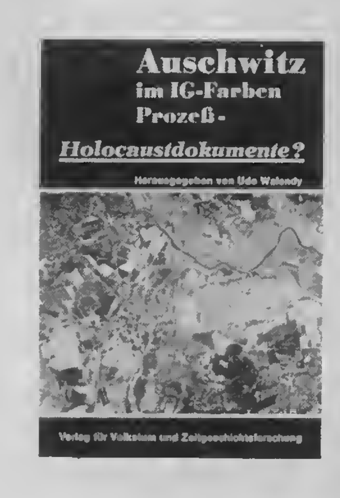


Eine sachgerechte Geschichte der Hitlerjugend zu schreiben bzw. zu veröffentlichen, ist kein leichtes Unterfangen. Dies nicht so sehr, weil etwa die Materie zu schwierig zu überschauen wäre, als vielmehr der gegenwärtigen politischen Verhältnisse wegen, in denen unser Volk seit 1945 zu leben gezwungen ist.

Eingedenk dieser Sachlage ist es besonders hoch anzuerkennen, daß ein Mann den Mut fand, in diesen wirren politischen Zeitumständen eine Geschichte der HJ zu schreiben, der er einst selbst – zuletzt als Gebietsführer – angehört hat. Die betonte Sachlichkeit und gewissermaßen Zurückhaltung, mit der dies geschah, läßt vielfach gar nicht zum Ausdruck oder zumindest in das Bewußtsein des Lesers kommen, mit welcher inneren Bereitschaft und Aktivität, mit welchem erhebenden Gefühl die jungen Menschen damals bereits in ihren jungen Lebensjahren an der Überwindung von sozialer Not und Zwietracht mithalfen und ihnen Gelegenheit dazu gegeben wurde.

Auschwitz im IG-Farben Prozess – Holocaustdokumente?

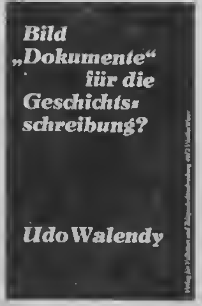
Hrsg. v. Udo Walendy



Als einer der großen Wirtschaftsprozesse, die die US-Besatzungsmacht nach 1945 gegen Deutschland führte, ist der IG-Farben Prozeß 1947/48 von besonderer historischen Bedeutung:

Zum einen deswegen, weil die Anklage gegen dieses größte deutsche "Wirtschaftsimperium" restlos zusammengefallen ist, Rüstungsschrittmacher und Mitverschwörer für Aggression und Völkerversklavung gewesen zu sein. Zum andern auf Grund der Tatsache, daß IG-Farben mitten im Krieg aus eigener Kraft in Auschwitz ein Großwerk mit über 30.000 Beschäftigten buchstäblich aus dem Boden gestampft hatte, – ausgesprochen dort, wo die Reichsführung zur selben Zeit eine Massenvernichtungsstätte – ebenfalls aus dem Nichts – installiert haben soll, in der Millionen Menschen durch Gas getötet und spurlos zum Verschwinden gebracht worden sein sollen.

404 S., Dokumentation, ill. Reg., Ln DM 38,-, Cov. DM 32,-



Udo Walendy
Bild'dokumente' für die Geschichtsschreibung?

Diese Standarddokumentation über die modernen Bildfälschungen zum "Nachweis" angeblicher deutscher Kriegsgreuel ist einmalig auf dem Buchmarkt. 52 "Bilddokumente" werden als Fälschungen widerlegt. Auch in englischer und französischer Sprache lieferbar. DM 12,80

Udo Walendy

Europa in Flammen 1939-1945

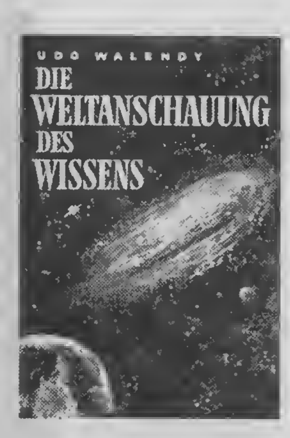
2 Bände, Ln, 448, 449 S., Reg., je DM 32,-



Bd. I: Sachverständigen-Berichte von "Nation Europa", Prof. Barnes, Generaladmiral Boehm, Arthur Ehrhardt, Prof. Dr. Friedrich Grimm, Hans Grimm, Erich Kern, Peter Kleist, Helmut Sündermann u.a.

Bd. II: Udo Walendy – Kurzgefaßte Analysen der wesentlichen historischen Zusammenhänge des Zweiten Weltkrieges.

Demjenigen, der mit sauberer Geschichtsforschung Kontakt gehalten hat, wird ein Nachschlagewerk geboten, das in prägnanter Übersicht die wesentlichen politischen Zusammenhänge des Zweiten Weltkrieges sowie die späteren Methoden der verlogenen Umerziehung mit Sach- u. Personenregister für jede Diskussion beweiskräftig vorlegt. Beispiele: Die Gleiwitzer Senderaffäre, die Schuld am zivilen Luftkrieg, die Schuld am Rußlandfeldzug, die alliierten Kriegsziele, die Kriegskonferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam, Churchills Briefwechsel mit Stalin, der Morgenthau- und Nathan-Kaufmann Plan, die Kriegs- und Nachkriegs-verbrechen, das "Londoner Protokoll" vom 8.8.1945 (lt. "Überleitungsvertrag" von 1955 noch heute "rechtens" für die Bundesrepublik!), Dokumentenfälschungen und Methoden der heutigen Geschichtsschreiber. – Urteilsfähig ist nur, wer die historischen Fakten und heutigen Propagandamethoden kennt!



Udo Walendy

Die Weltanschauung des Wissens 2 Bände, 286, 240 Seiten, Ln., ill., Reg., je DM 26,-

Zwei Weltkriege, verwildertes Völkerrecht, unrealistische Ideologien in Religion und Philosophie, offene Fragen in Grundsatzbereichen der Naturwissenschaft, verworrene und unehrliche politische Dogmen, dialektische (parteiliche) Geschichtsschreibung, eine Umwertung aller Werte kennzeichnen den "Intelligenzgrad" der heutigen politischen und gesellschaftlichen Machtträger in der Welt, – dazu immer schlimmer werdende Flüchtlingsströme sogenannt "befreiter Völker", Kriege und Weltgefahren bisher nicht gekannter Größenordnungen.

Nicht mehr Völkerfragen stehen auf der politischen Tagesordnung, sondern Menschheitsprobleme. Diese wiederum sind nur durch naturwissenschaftliche Erkenntnis zu klären und zu lösen. Was ist der Mensch? Diese wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den herrschenden Weltanschauungen führt in grundsätzlich neue Erkenntnisbereiche.